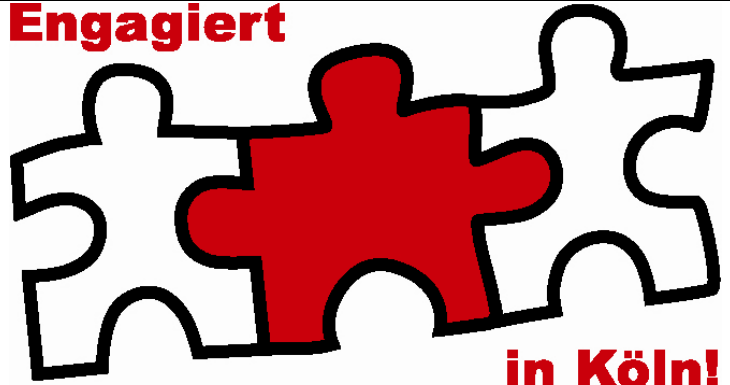


Engagiert



in Köln!

Kölner Netzwerk Bürgerengagement

KÖLNER KONZEPT ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

1. Herausforderungen

„Köln ist eine Bürgerstadt mit hoher Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen. Dieser Bürgersinn ist zur Weiterentwicklung des Gemeinwesens unverzichtbar und braucht zu seiner weiteren Entwicklung gezielte Förderung, Freiräume und Vernetzung.“ Diese Erkenntnis aus dem Leitbild Köln 2020 soll im „Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ mit Leben gefüllt werden.

Qualifizierte Information und Beratung über Gelegenheiten zum Freiwilligen Engagement, und über Zugangswege und Mitwirkungsmöglichkeiten sind hierfür ebenso unverzichtbar, wie die Bereitschaft von Institutionen, Einrichtungen und Diensten sich für Bürgerschaftliches Engagement zu öffnen. Vernetzungs- und Impulsagenturen für Bürgerschaftliches Engagement sind gefordert, Wege zu erschließen und Perspektiven zur Aktivierung des Bürgerschaftliches Engagements aufzuzeigen.

2. Verständnis von Bürgerengagement

Bürgerschaftliches Engagement ist Ehrenamt, Freiwilligenarbeit oder Selbsthilfe. Menschen engagieren sich u.a. in Vereinen, Verbänden, Organisationen, Projekten, Initiativen, Parteien, Stiftungen und Netzwerken.

Das Kölner Konzept zielt auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in allen seinen Formen und allen gesellschaftlichen Bereichen wie Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Hilfs- und Rettungsdienste, Selbsthilfe, gesellschaftspolitische Beteiligung, Stiftungsaktivitäten und unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement. Orientierung bietet das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch ein hohes Maß an Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens geprägt ist.

Bürgerengagement wird verstanden als wichtige Ressource zur Erhaltung der Lebensqualität in Köln.

3. Leitziele zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Köln

Leitziele geben die Richtung vor, in die sich das bürgerschaftliche Engagement in Köln entwickeln soll. Die Perspektive ist langfristig.

Leitziele sind:

1. Mehr Bürgerinnen, Bürger, Organisationen und Unternehmen engagieren sich bürgerschaftlich und beteiligen sich damit an der Erledigung wichtiger gesellschaftlicher Aufgaben.

2. Dieses bürgerschaftliche Engagement wird von der Stadt Köln und allen anderen Akteuren in seinen vielfältigen Ausdrucksformen und in seiner gesamten Breite ermöglicht, anerkannt und gefördert.
3. Mehr Bürgerinnen, Bürger, Organisationen und Unternehmen beteiligen sich an wichtigen öffentlichen Entscheidungsprozessen.
4. Der Rat der Stadt Köln setzt sich verstärkt dafür ein, dass die öffentliche Verwaltung sowie Verbände, Vereine und Institutionen sich für solche bürgerschaftliche Beteiligung öffnen.

4. Handlungsziele und Handlungsempfehlungen

Handlungsziele beschreiben den Weg, auf dem sich die Akteure bewegen und stecken den Rahmen für konkrete Maßnahmen ab. Die Perspektive ist mittel- bis langfristig.

Die Handlungsempfehlungen konkretisieren die Handlungsziele. Mit den Handlungsempfehlungen werden Kölnerinnen und Kölner, Unternehmen, Organisationen, Verbände, gemeinnützige Einrichtungen, Projekte und Initiativen aufgefordert, mit Eigeninitiative und Eigenverantwortung den Zusammenhalt und das Gemeinwesen noch stärker zu unterstützen. Die Perspektive ist kurz- bis mittelfristig.

Die Handlungsempfehlungen wurden von vier Arbeitsgruppen entwickelt. An dieser Stelle sind die Handlungsempfehlungen zusammengefasst, in ihrer vollen Länge sind sie im Anhang wiedergegeben.

Das Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements enthält insgesamt vierundvierzig Handlungsempfehlungen, die dem Rat der Stadt Köln vorgelegt werden und die zur Umsetzung des Konzepts notwendig sind.

Gleichwohl können im weiteren Prozessverlauf weitere Ziele und Maßnahmen entwickelt werden. Zum einen werden weitere Handlungsempfehlungen nötig sein, um die beschriebenen Handlungsziele tatsächlich vollständig zu erreichen. Zum anderen können die bereits formulierten Handlungsempfehlungen aus Kapazitätsgründen nicht alle gleichzeitig umgesetzt werden, vielmehr wird eine Auswahl zu treffen sein, mit der der Umsetzungsprozess beginnt. Insofern ist schon jetzt deutlich, dass das Konzept in dieser Form nicht abgeschlossen ist sondern weiterentwickelt werden muss.

Die Verfasser und Verfasserinnen sind sich bewusst, in welcher schwierigen Haushalts- und Finanzsituation sich die Stadt Köln befindet (derzeit Haushaltssicherungskonzept) und dass die Umsetzungsmöglichkeiten hierdurch leider nachhaltig beeinflusst werden.

Die Handlungsempfehlungen sind noch auf rechtliche und tatsächliche Umsetzbarkeit zu prüfen.

4.1 Ehrenamtliche ermutigen!

4.1.1 Handlungsziel

Bürgerschaftliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhalt in Köln und fördert die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und für andere.

Die Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten wird unterstützt durch Information, Beratung und Begleitung.

In Bezug auf spezifische Zielgruppen werden unterschiedliche Formen der Engagementförderung (weiter-)entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die folgenden Zielgruppen:

- Kinder und Jugendliche: Je früher Engagementerfahrungen gemacht werden, desto nachhaltiger wirken sie.
- Seniorinnen und Senioren: Ihr Erfahrungswissen kann stärker für das Gemeinwesen genutzt werden.
- Arbeitslose: Es geht darum, das Engagement arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger zu fördern und durch Engagement neue Brücken in die Erwerbsarbeit zu bauen.
- Migrantinnen und Migranten: Das Engagement von Migrantinnen und Migranten kann einen bedeutenden Beitrag zur sozialen und politischen Integration leisten.

Bürgerschaftliches Engagement ist vielfältig! Zu den verschiedenen Formen gehören auch Freiwilligendienste, die als lokale und internationale Dienste angeboten werden. Für den Fall, dass die Wehrpflicht abgeschafft wird, steht Köln vor der Herausforderung, die Aufgaben, die Zivildienstleistende bisher übernommen haben, anders zu organisieren. Neue Freiwilligendienste sind als eine unter anderen Möglichkeiten zu prüfen und für weitere Altersgruppen zugänglich zu machen, sobald der gesetzliche Rahmen dafür geschaffen ist.

4.1.2 Handlungsempfehlungen

Durch Vernetzung bestehender Initiativen, Einrichtungen und Politik werden noch mehr Bürgerinnen und Bürger ermutigt, sich gesellschaftlich aktiv und kompetent an der Gestaltung des gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

1. Die Stadt Köln kooperiert bei der Einrichtung eines gemeinsamen Service-Pools mit den unterschiedlichen bestehenden Vermittlungsagenturen und den am Ehrenamt interessierten Einrichtungen. Ein Instrument zur Förderung der Kooperation ist die Einrichtung eines Internetportals, durch das die Aktivitäten und Aufgaben des gemeinsamen Servicepools gewährleistet werden.
2. Die Stadt Köln ermöglicht die Einrichtung einer zentralen Telefonnummer.

4.2 Engagementfreundlichkeit in Organisationen wecken!

4.2.1 Handlungsziel

Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft wie Schulen, Kindertageseinrichtungen, Büchereien, Theater, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Einrichtungen der Altenpflege usw. öffnen sich stärker für bürgerschaftliches Engagement. Dabei reicht es nicht aus, Einrichtungen und Dienste vornehmlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu modernisieren. Statt dessen sollen Prozesse der Leitbild- und Organisationsentwicklung darauf abzielen, ökonomische Effizienzsteigerung mit einer Erhöhung der zivilgesellschaftlichen Produktivität zu verknüpfen. Dabei geht es um eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen und Bereichen wie Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz. Einrichtungen werden ermutigt, sich auf

den lebendigen Prozess des produktiven Miteinanders von Haupt- und Ehrenamtlichen einzulassen.

4.2.2 Handlungsempfehlungen

Die Stadt Köln, die Einrichtungen und die Verbände erarbeiten Leitlinien für die Weiterentwicklung von ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement in Form von Selbstverpflichtungen bezogen auf ihre eigene Arbeit.

1. Die Stadt Köln fördert ehrenamtliches und freiwilliges Engagement bei Institutionen, Freiwilligen und bei sich selbst. Rat und Verwaltung machen Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit zu einem Querschnittsthema ihrer eigenen Arbeit. Durch die Öffnung von Politik und Verwaltung für ehrenamtliches Engagement, die aktive Unterstützung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger und durch Selbstverpflichtungen des Rats der Stadt Köln und der Verwaltung wird zu einer Verstärkung des bürgerschaftlichen Klimas in Köln beigetragen.
2. Die Einrichtungen überprüfen ihr Selbstverständnis zur Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen und verpflichten sich zu einer Förderung des freiwilligen Engagements in ihren Organisationen.
3. Initiativen, Einrichtungen und Verbände entwickeln in einem gemeinsamen Prozess Prüfsteine zur Engagementfreundlichkeit von Einrichtungen unter der Prämisse der Bewahrung in seinem ursprünglichen Sinn. Rechte und Wünsche ehrenamtlich tätiger Männer und Frauen in den verschiedenen Formen von Einrichtungen und Initiativen müssen jeweils definiert werden und von der jeweiligen Einrichtung anerkannt und einbezogen werden. Spezifika der Formen ehrenamtlichen Engagements und Spezifika von Initiativen und Einrichtungen werden berücksichtigt. Handlungsempfehlungen zur Koordination der Beschäftigung von Haupt- und Ehrenamtlichen werden entwickelt.

4.3 Qualifizierung und Bildung für und durch das bürgerschaftliche Engagement weiterentwickeln!

4.3.1 Handlungsziel

Qualifizierung und Bildung haben entscheidende Bedeutung für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die Gestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft. Das Erproben und Erlernen von Engagement, die Fortbildung von Freiwilligen sowie die Qualifizierung der Entscheider und Hauptamtlichen sowohl in den Organisationen der Zivilgesellschaft als auch in denen von Staat und Wirtschaft stehen dabei in einem engen Zusammenhang. Dabei ist angesichts aktueller bildungspolitischer Reformbemühungen (Pisa-Studie) der Umorientierung im Bildungssystem besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Neue Möglichkeiten und Orte zum „Lernen“ von Engagement, eine Verankerung bürgerschaftlichen Engagements als Bildungsziel in Kindertageseinrichtungen, (Ganztags-) Schulen und weiterführenden Bildungsinstitutionen sowie die Bündelung und Vernetzung bereits bestehender Qualifizierungsangebote stehen im Mittelpunkt. In Fachhochschulen und Universitäten sind Studienangebote für den Dritten Sektor aufzubauen.

4.3.2 Handlungsempfehlungen

Durch die Unterstützung von unterschiedlichen Qualifizierungsangeboten und -formen wird das bürgerschaftliche und freiwillige Engagement gefördert.

1. Einrichtungen unterstützen die Qualifizierung von Ehrenamtlichen und die Qualifizierung ihrer Organisation für die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Freiwilligen.
2. Einrichtungen bieten Qualifizierung für Ehrenamtliche an, machen diese im Internetportal transparent und stellen sie auch Ehrenamtlichen anderer Organisationen zur Verfügung. Die Transparenz kann über Netzwerkarbeiten verbessert werden – Fortbildungsangebote können über den Servicepool zentral gesammelt werden.
3. Die Stadt Köln prüft, ob interne Fortbildungen auch zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen geöffnet werden können.
4. Die Träger der Weiterbildung, die durch das Weiterbildungsgesetz gefördert werden und Träger öffentlich geförderter Projekte (z.B. EU- Projekte) prüfen, ob ein gewisses Maß an Weiterbildungsstunden Ehrenamtlichen kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann.

4.4 Private und öffentliche Arbeitgeber als Akteure der Bürgergesellschaft stärken!

4.4.1 Handlungsziel

Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen ¹ (Corporate Citizenship) ist ein wichtiger Lernprozess in Unternehmen und Gewerkschaften; hier geht es um eine neue Ethik der Unternehmensführung, um neue Formen der Unternehmenskultur, die dazu beitragen können, dass Wirtschaftsunternehmen zu Akteuren der Bürgergesellschaft werden. Köln braucht ein Dialog- und Austauschforum, das für die Klärung unternehmensinterner Strategien sowie für die Entwicklung gemeinsamer Projekte genutzt werden kann. Dabei wird von einem breiten Verständnis von Corporate Citizenship ausgegangen, das sich nicht nur auf die Förderung des freiwilligen Engagements von Beschäftigten begrenzt, sondern auch neue Formen der Zusammenarbeit von öffentlichen, gemeinnützigen und privatwirtschaftlichen Partnern (public-private-partnership) sowie unternehmensethische Selbstverpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen einschließt.

¹ In diesem Konzept wird durchgängig der Begriff „Unternehmen“ verwendet. Darunter werden nicht nur Wirtschaftsunternehmen verstanden, sondern auch andere Körperschaften (im Sinne von „Corporate Citizenship“), die sich als Bürger im Gemeinwesen engagieren (können): Stadtverwaltung, Kammern, Verbände und andere Institutionen.

4.4.2 Handlungsempfehlungen

1. Corporate Citizenship auf die öffentliche Tagesordnung setzen

Im Rahmen einer einjährigen Informations- und Aktivierungs-Kampagne wird das Thema Corporate Citizenship über die Medien vermittelt und Fachkräfte und Entscheider in Kölner Unternehmen erreicht und für das Thema sensibilisiert.

- Agenda-Setting: Kölner Leitmedien (z.B. *Kölner StadtAnzeiger* und *Markt + Wirtschaft*) werden dazu bewegt, das Thema „Corporate Volunteering“ in seinen (für Unternehmen) interessanten Facetten über ca. ein Jahr im Rahmen einer Serie zu beleuchten.
- Infodienst: Ein qualifizierter Infodienst bündelt Informationen zum Thema „Corporate Volunteering (in Köln)“ und vermittelt diese in professioneller Weise an die Kölner Medienlandschaft.
- Netzwerk von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern: Es wird ein Pool von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern zum Thema "Corporate Volunteering" zusammengestellt, um Redaktionen eine Berichterstattung über das Thema zu erleichtern.
- Jahresevent: Einmal jährlich lädt der Oberbürgermeister ins Rathaus zu einer Präsentations- und Infoveranstaltung „Corporate Volunteering in Köln“ ein.

2. Corporate Citizenship auf die unternehmensinterne Tagesordnung setzen

Betriebe und Unternehmen werden durch eine einjährige Kampagne gezielt angesprochen. Zum einen wird über eine Mailingaktion der Oberbürgermeister die Inhaberinnen und Inhaber/die Unternehmensführung anschreiben und zum Mitmachen ermuntern. Mittlerorganisationen wenden sich zeitgleich an die zweite Ebene (Unternehmenskommunikation und die Personalabteilung). Parallel wird das Thema in Unternehmerkreisen wie Verbänden, Kammern, Arbeitskreisen etc. platziert.

3. Corporate Volunteering -Logo/-Label für Köln

Ein Köln-spezifisches Anerkennungssystem für Unternehmen wird eingeführt: ein Logo/Label, das an Kölner Unternehmen verliehen wird, die sich bürgerschaftlich engagieren. Dabei können Unternehmen dieses einmal jährlich beantragen. Ein Gremium prüft daraufhin und spricht zu. Der Oberbürgermeister verleiht das Logo/Label.

4. Ansprechpartner im Amt des Oberbürgermeisters

Im Amt des Oberbürgermeisters gibt es (weiterhin) eine Kontaktperson, die für Corporate Volunteering zuständig ist. Ihre Aufgaben sind die Beantwortung von Anfragen zu Corporate Volunteering, die an die Stadt Köln gerichtet werden; die Vermittlung der Anfragenden zu geeigneten Ansprechpartnern; die Koordination von Corporate Volunteering-Aktivitäten der Stadt Köln sowie Impulsgeber zu sein für neue Projekte in diesem Bereich.

5. Beratungs- und Vermittlungskompetenz für Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen

Eine Mittlerorganisation bringt Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen zusammen. Die Aufgaben einer Mittelstruktur sind:

- *Vermittlung*: Interessierte Unternehmen und interessierte Gemeinwohlorganisationen wenden sich an die Mittlerorganisation, die geeignete Partnerinnen und Partner zusammenbringt.
- *Beratung und Qualifizierung*: Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen klären die jeweiligen Erwartungen und die Besonderheiten der Arbeitsabläufe und gewinnen Verständnis für die jeweiligen Arbeitsstrukturen.
- *Aktivierung*: Corporate Volunteering-Projekte werden sowohl bei Unternehmen wie auch bei Gemeinwohlorganisationen bekannt gemacht und für eine Beteiligung wird geworben.

6. Aktionsanlässe schaffen

Unternehmen werden attraktive Anlässe geboten, um sich an CV-Aktionen zu beteiligen – ohne viel Aufwand und trotzdem mit Wirkung nach innen und in die Öffentlichkeit. Gleichzeitig können Gemeinwohlorganisationen kleinere Projekte verwirklichen, die anderweitig nicht zu realisieren wären. Solche Aktionsanlässe werden regelmäßig geschaffen bzw. weiterentwickelt.

- Kölner FreiwilligenTag, im Herbst (Veranstalter: Kölner Freiwilligen Agentur)
- Kölle putzmunter, im Frühjahr (Veranstalter: Stadt Köln)
- Der Engagementkalender, ganzjährig (neu zu schaffen)

7. Strategie- und Entwicklungswerkstätten

In regelmäßigen Abständen werden Foren veranstaltet, die themen- oder stadtteilbezogen wichtige gemeinwesenorientierte Fragen aufgreifen. Beteiligen können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger, gemeinnützige Vereine/ Einrichtungen und Unternehmen. Das Problem wird vorgestellt, danach wird gemeinsam diskutiert, wo Handlungsbedarf ist. Anschließend werden Maßnahmen diskutiert und überlegt, wie sie gemeinsam umgesetzt werden können. Zum Schluss werden Verabredungen darüber getroffen, welche Akteure in welchen Maßnahmen tätig werden.

4.5 Bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen und Formen öffentlich anerkennen!

4.5.1 Handlungsziel

Bürgerschaftliches Engagement braucht Anerkennung und Wertschätzung! Eine gesellschaftliche Kultur der Anerkennung soll entwickelt und ausgebaut werden, zu der unterschiedliche Formen der Würdigung, Ermutigung und Belobigung gehören. Dabei erfordert die Vielfalt heutiger Engagementformen und die Unterschiedlichkeit der Motive und Bedürfnisse engagierter Bürgerinnen und Bürger neue und zielgruppenangemessene Formen der Anerkennung und Ehrung

engagierter Menschen – seien dies nun Senioren, Jugendliche, Mitarbeiter von Unternehmen oder Arbeitslose.

4.5.2 Handlungsempfehlungen

Die bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannten und sehr gut angenommenen Formen der öffentlichen Anerkennung des Ehrenamtes in Köln (KölnEngagiert und Ehrenamtstag) sind in der Verantwortung des Oberbürgermeisters und der von ihm aufgebauten Vernetzung.

1. Neugestaltung/Modernisierung des Kölner Ehrenamtspreises

Um dem Kölner Ehrenamtspreis „KölnEngagiert“ noch mehr Gewicht zu geben, ihn noch bedeutsamer zu machen und noch mehr Menschen dafür anzusprechen, wird eine AG gegründet, die unter Federführung des Amtes des Oberbürgermeisters ein Konzept zur Ausschreibung, Juryierung und Prämierung entwickelt. In der AG sind u.a Vertreter von FABE, KABE, Politik, Unternehmen, Medienvertreter und Bürgerinnen und Bürger ohne offizielle Ämter und verschiedenen Alters.

Kriterien für das Konzept sind: Geschlechtergerechtigkeit, Berücksichtigung der verschiedenen Generationen und Engagementformen, Schaffung einer größeren Öffentlichkeit und eine stärkere Beteiligung der Medien.

2. Neue Ausgestaltung des Ehrenamtstages

- 2.1 Der Ehrenamtstag soll mittelfristig zu einem wichtigen gesellschaftlichen Event werden, von dem sich möglichst alle Generationen, Geschlechter, Kulturen angesprochen fühlen. Eine Umbenennung in Tag des Engagements kann ermöglichen, dass sich nicht nur traditionell ehrenamtlich Tätige angesprochen fühlen, sondern auch Engagierte aus den Bereichen Selbsthilfe, Bürgerinitiativen etc..
- 2.2 Eine AG (möglicherweise identisch mit der o.g. AG) unter der Federführung des Amtes des Oberbürgermeisters entwickelt ein neues Konzept zur Ausgestaltung des Engagementtages. Folgende Kriterien sollten berücksichtigt werden: Der Tag wird genutzt, um zentrale Botschaften rund um das Engagement zu lancieren; generiert neue Ideen zum Thema Engagement; wirbt für das Ehrenamt.
- 2.3 Bei der Gestaltung des Tages sind möglichst viele/unterschiedliche Akteure zu beteiligen: (potentiell) Engagierte und Organisationen, die mit Engagierten arbeiten, Unternehmen, Kölner Künstler, Politik ...

3. Förderung der öffentlichen Anerkennung und Beteiligung

- 3.1 Bei allen Fragen rund ums Engagement müssen Bürgerinnen und Bürger auch ohne Funktion oder Amt miteinbezogen werden.
- 3.2 Bezirke/Sozialräume erhalten ein Budget, dass sie für ihre lokalen/Veedelsinteressen einsetzen können (vgl. LOS). Über die Vergabe der Mittel entscheiden in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger selbst.

4.6 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern!

4.6.1 Handlungsziel

Rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen haben entscheidenden Einfluss darauf, ob und inwiefern bürgerschaftliches Engagement ermöglicht oder erschwert wird. Es geht darum, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich bürgerschaftliches Engagement optimal entfalten kann:

- Zu verbessern ist die rechtliche und soziale Absicherung von Engagierten. Dazu gehören auch Versicherungsfragen.
- Eine engagementfördernde Infrastruktur, zu der bspw. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Beratungsstellen und Arbeitsgemeinschaften der Selbsthilfegruppen und die Selbsthilfekontaktstelle gehören, ist auszubauen. Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstelle u.a. vergleichbare Einrichtungen haben sich zu wichtigen Knotenpunkten der Kölner Engagementförderung entwickelt. Es gilt ihr Aufgabenprofil, ihre Effektivität und Wirksamkeit sowie Formen der engen Kooperation und Vernetzung weiter zu entwickeln. Tragfähige Finanzierungskonzepte müssen diese Infrastrukturen absichern und stabilisieren.

4.6.2 Handlungsempfehlungen

Erhalt und Ausbau einer engagementfreundlichen Infrastruktur

1. Die Organisationen KABE, FABE und KISS werden finanziell im vollem Umfang durch kommunale Mittel finanziert.
2. Ein Haus der Vereine, z.B. in Bürgerzentren, bietet kleinen Vereinen, Initiativen und Projekten eine Möglichkeit kostengünstig und unbürokratisch zu arbeiten.
3. Die Stadt regt eine Initiative an, dass bürgerschaftliches Engagement durch qualifizierte Zeugnisse oder Nachweise eine Aufwertung erfährt.
4. Der Rat der Stadt sorgt dafür, dass bürgerschaftliches Engagement nicht zu beruflichen Nachteilen führt.
5. Der Rat der Stadt beruft eine AG ein, die überprüft, wie Engagierte in Köln durch Sondertarife/Rabatte oder sonstige Vergünstigungen begünstigt werden können.
6. Der Aufbau eines Ehrenamtsnewsletters sollte angeregt werden.
7. Der Aufbau eines Ehrenamtsservers sollte angeregt werden.

4.7 Die lokale Bürgergesellschaft stärken und engagementfreundliche Ansätze in Verwaltung und Politik ausbauen!

4.7.1 Handlungsziel

Die lokale Bürgergesellschaft lebt davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen. Hier ist Beteiligung anschaulich und konkret. Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen ergänzt die repräsentative Demokratie auf kommunaler Ebene. „Im gesamten öffentlichen Bereich muss die Öffnung für Beteiligung und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Ziel zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sein“ (Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, dem Deutschen Bundestag vorgelegt am 3. Juni 2002).

Die Bürgerinnen und Bürger werden akzeptierte Partner in Stadtentwicklung, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Methoden und Verfahren der Bürgerbeteiligung werden erprobt. Dabei werden die bisherigen Partizipationserfahrungen von Kölner Akteuren (Bürgerinitiativen, Köln-Agenda, Stadtteilkonferenzen, Bürgerzentren, Runde Tische etc.) einbezogen.

In Köln findet eine möglichst frühzeitige Mitwirkungsmöglichkeit bei allen Planungsstufen und ein möglichst offenes, transparentes und effektives Genehmigungsverfahren statt. Mit dem Aufbau einer breiten Mitwirkungsinfrastruktur werden den Bürgerinnen und Bürgern Anlaufstellen zur Information und Beratung in allen Fragen des bürgerschaftlichen Engagements, des Planungsrechts und der Planungsverfahren geboten. Der aktive Wissenstransfer und Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger einerseits sowie der Erfahrungsaustausch der Verwaltung mit anderen Kommunen, wie auch eine verbesserte Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger fördert das aktive, kooperative Gemeinwesen Kölns.

Auf dem Weg zur "Bürgerkommune Köln" werden Verwaltung und Politik Bürgerbeteiligung als integrierten Prozess begreifen und entwickeln. Integriert bedeutet hierbei, dass Bürgermitwirkung nicht nur an Planungen und Entscheidungen des kommunalen Lebens, sondern auch an deren Umsetzung gestärkt wird. Um dies zu gewährleisten, werden in den Fachämtern der Stadtverwaltung und den Stadtratsfraktionen geeignete Maßnahmen ergriffen, z.B. durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen oder klaren personellen Zuständigkeiten zum Querschnittsthema Bürgerengagement.

Neben den formalen, gesetzlich verankerten Beteiligungsrechten hat sich eine Vielfalt an informellen Methoden der Bürgerbeteiligung in den deutschen Kommunen erfolgreich entwickelt. Auch in Köln gibt es Ansätze in diese Richtung, die es auszubauen gilt. Beispiele hierfür sind Kinder- und Jugendforen, Stadtteilkonferenzen, die ehrenamtliche Mitwirkung von Seniorenvertretungen und Sanierungsbeiräten und das konstruktive Einmischen von Bürgervereinen in die Stadtteilentwicklung.

Lokale Bürgergesellschaft bedeutet auch, dass Bürgerinnen und Bürger Geld mobilisieren. In diesem Kontext soll die Gründung Kölner Bürgerstiftungen angestoßen werden.

4.7.2 Handlungsempfehlungen

Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung:

Erfolgsfaktoren für bürgerschaftliche Teilhabe und Partizipation in Köln und „Leitfaden“ für die praktische Umsetzung sind die folgenden Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung:

- Ergebnisoffenheit, Frühzeitigkeit, faire Einflusschancen und Transparenz des Beteiligungsverfahrens.
- Ausreichende Zeiträume für die Phasen der Bürgerbeteiligung.
- Flexible Handhabung der Beteiligungsintensität.
- Unterstützung durch neutrale, für komplexe Verfahren ggf. externe Moderatoren.
- Bereitstellung von Information (mit entsprechend bürgernaher Aufbereitung) während des gesamten Verfahrens als Bedingung für faire Partizipation.
- Vermeidung neuer sozialer Schieflagen.
- Beteiligung aller relevanten Akteure, einschließlich Kommunalpolitik und Stadtverwaltung.
- konsultativer Charakter der Partizipationsergebnisse: kein „Nebenparlament“.
- Nachvollziehbare und transparente Entscheidungen des Stadtrates, die klarstellen, wie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgegriffen und umgesetzt wurden bzw. werden.
- Einbeziehen der Bürgerschaft bei der Umsetzung von Entscheidungen.

Nur wenn diese Mindestanforderungen und Qualitätsstandards gegeben sind, kann nachhaltig wirksame „Bürgerbeteiligung“ stattfinden.

Gleichwohl ist zu beachten, dass Beratungen nicht auf zu viele Gremien verteilt sind, so dass Gewählte davon nichts mehr mitbekommen.

Handlungsempfehlungen

1. Verstärktes und zielgenaues Anwenden der zahlreichen Beteiligungs- und Kommunikationsverfahren.
2. Erörterung von Planungsvarianten als wichtigen Schritt hin zu einer besseren Beteiligungskultur.
3. Die Verfahrensverantwortlichen für Prozesse der Bürgerbeteiligung (Politik und Verwaltung) müssen insbesondere ein ausreichendes Maß an Flexibilität einbringen.
4. Systematisches Auswerten der in Köln und andernorts erprobten Bürgerbeteiligungsverfahren.
5. Ausbau des in Köln praktizierten Beschwerdemanagements in ein Ideenmanagement.
6. Reform des Beschwerdeausschusses (und Umbenennung in „Bürgerausschuss“) im Sinne seiner Aufwertung gegenüber dem Kölner Stadtrat und seinen Fachausschüssen.
7. Leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung als Ombudsleute bzw. Bürgerbeauftragte installieren und fortbilden.

8. Das Partizipationsmodell „Bürgerhaushalt“ zunächst auf Quartiers- bzw. Stadtteilebene erproben, um es dann auf Stadtbezirks- sowie auf die gesamte Stadt Köln ausweiten.
9. Stärkung der lokalen Strukturen, Organisationen und Netzwerke, die im „Veedel“ sowie stadtweit die Basis für bürgerschaftliches Engagement bilden².
10. In Anlehnung an das Konzept des Gender Mainstreaming muss ein neues politisches Ziel formuliert werden: Ziel ist es, sämtlichen Bevölkerungsgruppen einen gleichberechtigten Zugang zu allen öffentlichen Beteiligungsprozessen und dem öffentlichen Leben zu ermöglichen.
11. Für Kontakte auf Landes- und Bundesebene sowie zur Einbeziehung von Best Practices müssen externe Berater und Planer mit entsprechender Beteiligungserfahrung hinzugezogen werden.
12. Die aktive Beteiligung und die Berücksichtigung ihrer Ergebnisse müssen ein Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln sein.
13. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, eine intern abgestimmte Strategie zur Förderung von Bürgerbeteiligung zu entwickeln und diese mit den Akteuren im „Netzwerk Bürgerengagement“ in Köln zu erörtern und weiterzugestalten.

Strategisches Instrument zur Implementierung:

Um die skizzierten Empfehlungen und Maßnahmen realisieren zu können, wird die **Implementierung eines „Qualitätsmanagements für Bürgerbeteiligung“**, wie es in manchen Bürgerkommunen als strategisches Instrument kommunaler Steuerung bereits praktiziert wird, unerlässlich sein. Dieses Qualitätsmanagement hat deswegen strategische Funktion, weil es als „Querschnittsmaßnahme“ die Voraussetzung zur Umsetzung der 13 Handlungsempfehlungen schafft. Zu diesem Zweck bietet sich der Ausbau der FABE (Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements) als (beim OB anzusiedelnde) **„Stabsstelle Bürgerkommune Köln“** an, die in enger Zusammenarbeit mit KABE (Kölner Arbeitskreis Bürgerengagement), KISS (Selbsthilfekontaktstelle) sowie dem gem. Ratsauftrag zu gründenden Netzwerk zur Förderung des Bürgerengagements bedarfsorientierte Bürgerbeteiligung für Köln und seine Veedel organisiert. Die Trägerschaft für ein Kölner Qualitätsmanagement für Partizipation sollte somit nicht ausschließlich in den Händen der Kommunalverwaltung liegen, sondern in einer Art **„Public Private Partnership“** verankert werden, also in einer Mischform öffentlicher und bürgerschaftlicher Verantwortung.

Die Gründung von Bürgerstiftungen begleitend unterstützen

14. Die Steuerungsgruppe hat sich mit dem Thema „Bürgerstiftungen“ auseinandergesetzt und hierzu verschiedene Initiativen eingeladen. In dieser Sitzung wurde erneut deutlich, dass die „Bürgerstadt Köln“ sich durch eine enorme Vielfalt und Vielzahl an bürgerschaftlich engagierten Organisationen und Einzelpersonen auszeichnet. Ein wichtiger Baustein zur Stärkung dieses bürgerschaftlichen Engagements ist u.a. eine unabhängige Bürgerstiftung, deren Gründung in Köln derzeit z.B. von der „Stiftungsinitiative KölnAgenda“ vorbereitet wird.

Das Konzept einer Bürgerstiftung muss, wenn es erfolgreich sein soll, in möglichst großer Nähe zu den zukünftigen Stiftern entstehen, um ihnen eine Identifizierung mit Zielen und In-

² Als einen ersten Schritt in diese Richtung verstehen wir den Stadtratsbeschluss (Juli 2004) betreffend einer Stärkung der Stadtbezirke und Bezirksvertretungen.

halten der Bürgerstiftung zu ermöglichen. Da das „Kölner Netzwerk Bürgerengagement“ kein Stifter sein wird, kann es keine Konzeption vorlegen, wohl aber die Gründungsprozesse verschiedener Initiativen unterstützend begleiten.

Das „Kölner Netzwerk“ kann hierzu eine aktuelle Studie nutzen, in der weitere Erfolgsfaktoren bereits gegründeter deutscher Bürgerstiftungen systematisch analysiert und Empfehlungen zur Gründungsstrategie einer Kölner Bürgerstiftung publiziert worden sind.³ Kooperationsperspektiven des Netzwerks mit einer zu gründenden Bürgerstiftung Köln sehen wir dort, wo es im Kontext der Umsetzung dieses Konzeptes um die Erschließung neuer Finanzierungsquellen zur Förderung von Bürgerengagement und –beteiligung in Köln gehen wird.

5. Umsetzung

Das Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements soll innerhalb der Ratsperiode 2004 bis 2009 umgesetzt werden.

Die an der Umsetzung beteiligten Akteure finden sich im Netzwerk Bürgerengagement zusammen, das gegründet wird, wenn der Rat das Konzept verabschiedet hat.

Die Steuerungsgruppe geht davon aus, dass das Gesamtkonzept nur mit entsprechendem finanziellen und personellen Einsatz systematisch, umfassend und konsequent umgesetzt werden kann. Sie sieht grundsätzlich eine Koordination vor, die die Umsetzung der im Konzept beschriebenen Maßnahmen unterstützt und überwacht. Diese Koordination könnte innerhalb oder außerhalb der Kölner Stadtverwaltung angesiedelt sein, wobei vorhandene Vernetzungsstrukturen einzubeziehen sind.

Falls entsprechende Mittel zur Zeit nicht zur Verfügung gestellt werden können, muss das Konzept im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen (FABE, KABE, Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppen) oder noch zu akquirierenden finanziellen und personellen Ressourcen (Ehrenamt, Stiftungen, Unternehmensengagement) Stück für Stück in einem längeren zeitlichen Korridor umgesetzt werden. Einem solchen pragmatischen Ansatz folgt dieser Umsetzungsvorschlag:

Die Struktur des Netzwerkes knüpft an die vom Rat der Stadt Köln eingesetzten Struktur an, in der das Konzept entwickelt wurde. Strukturelemente sind:

- Steuerungsgruppe
- Arbeitsgruppen.

Die Steuerungsgruppe

- setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von FABE, KABE, Wissenschaft, Verwaltung und Politik als gleichberechtigten Partnern und kann bei Bedarf erweitert werden,
- organisiert den Gründungsprozess des Netzwerkes,
- begleitet die Umsetzung des Kölner Konzepts zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, gibt Anregungen zur Aufgabendurchführung der Koordination und zu den Arbeitsgruppen,

³ Martin Rüttgers und Michael Schwarz: Bürgerstiftungen in Deutschland – Vorbilder für Köln?, Berichte des ISO 71, Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Köln 2004

- richtet die Arbeitsgruppen ein,
- erarbeitet jährlich die Schwerpunkte der Arbeit des laufenden Jahres,
- beauftragt anschließend die Arbeitsgruppen hierzu einen entsprechenden Kostenplan vorzulegen,
- erarbeitet auf der Grundlage dieses Kostenplanes konkrete Maßnahmen (Aktionsplan) und legt die Finanzierung hierzu fest,
- verabschiedet einmal jährlich einen Bericht über den Stand der Umsetzung des Kölner Konzepts zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, der von der Geschäftsführung dem Hauptausschuss vorgelegt wird,
- gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Geschäftsführung der Steuerungsgruppe obliegt FABE. FABE koordiniert die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure (Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen) in Kooperation mit KABE und nimmt einzelne Aufgaben zur Koordination der Umsetzung wahr.

Die Arbeitsgruppen

- werden zu einzelnen Themenbereichen eingerichtet,
- dabei kann auf Arbeitsgruppenthemen zurückgegriffen werden, zu denen schon in der Phase der Konzepterstellung gearbeitet wurde; oder es können Arbeitsgruppen zu neuen Themen eingerichtet werden.
- realisieren die Maßnahmen des Aktionsplanes für ihren Bereich
- und orientieren sich dabei an dem beschlossenen Kosten- und Finanzierungsplan.

6. Kostenrahmen

Um eine erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements in Köln sicherzustellen, werden nach Schätzung der Steuerungsgruppe ab 2005 Mittel in Höhe von jährlich 250.000 Euro zusätzlich zu der in 2004 bestehenden Infrastrukturförderung des Ehrenamts benötigt.

Da die Umsetzung des Konzepts abhängig ist von den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln suchen alle Beteiligten am Netzwerk, neben den von der Stadt Köln voraussichtlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln, andere Finanzierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus wird eine Mischfinanzierung angestrebt, an der sich möglichst viele Akteure in Köln beteiligen.

Anlagen

1. Mitglieder der Steuerungsgruppe
2. Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen: Mitglieder und Handlungsempfehlungen

Anlagen

zum Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements

1. Mitglieder der Steuerungsgruppe
2. Ergebnisse der Arbeitsgruppen: Mitglieder und Handlungsempfehlungen
 - a. Engagementfreundlichkeit und Qualifizierung
 - b. Unternehmensengagement im Gemeinwesen
 - c. Gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements
 - d. Bürgerbeteiligung

1. Mitglieder der Steuerungsgruppe

Joachim Braun, ISAB-Institut

Ulla Eberhard, Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement

Dorothee Gerstenberg, SPD-Fraktion

Ossi Helling, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Ludger Hengefeld, Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement

Carolin Herrmann, Stadt Köln, Amt für Soziales und Senioren

Astrid Hilgers / Susanne Kunert, Stadt Köln, Amt des Oberbürgermeisters

Norbert Krüger, Bundesnetzwerk Bürgerengagement

Stefan Peil, FH Köln, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften

Martin Rüttgers, Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO)

Dr. Martin Schoser, CDU-Fraktion

Manfred Wolf, FDP-Fraktion

2. Ergebnisse der Arbeitsgruppen

2.1 Arbeitsgruppe 1

Engagementfreundlichkeit und Qualifizierung

Leitung:

Angelika Blickhäuser, Büro für Bürgerengagement der AWO Köln

In der Arbeitsgruppe haben mitgearbeitet:

Monika Brunst, Caritas Köln
Herr Michael Eham, Schuldnerhilfe Köln
Frau Almut Gross, Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Wolfgang Gluth, Stadt Köln, Amt für Soziales und Senioren
Frau Annette Heinemann, Arbeitgeber Köln
Frau D. Hermann, Informationsdienst im Museum Ludwig
Frau D. John, Stadt Köln, Amt für Kinder, Jugend und Familie
Frau Kleine, SKF, Köln
Frau Anneliese Kohl, Seniorentreffpunkt Doris-Roper
Frau K. Kronenberg, Stadt Köln, Städt. Kinderheime
Herr Christian Olpen, Fußballverband Mittelrhein
Frau Pausch-Körner, Freiwilligen Agentur
Frau Dr. Schmidt, AWO Köln,
Frau D. Wirtz, Katholikenausschuss Köln,
Herr Horst Krämer, Bezirksvorsteher, Köln
Frau S. Winter, Zentrales Bürgeramt der Stadt Köln
Herr van Oyen, Bundesagentur für Arbeit, Köln
Herr Prof. Dr. Meyer-Wolters, Universität zu Köln
Herr Davut Kilic, Seniorenvertreter
Frau Gabriele Wahlen, Centrum zur nachberuflichen Orientierung

KABE/BBE/Empfehlungen4.10.2004

Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement
--

Empfehlungen der Arbeitsgruppe 1

„Engagementfreundlichkeit und Qualifizierung“ des Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement der Stadt Köln

Ehrenamtliche Arbeit bietet Perspektiven für junge und ältere Menschen, für erwerbslose Männer und Frauen und Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement bietet Kompetenzgewinne für die Einzelnen und eine Bereicherung

für Einrichtungen und Gesellschaft. Grundsätzlich gilt, dass jede Person, die sich ehrenamtlich betätigen möchte, auch gebraucht wird: aber nicht überall. Es bedarf der Koordination einer großen Bandbreite von individuellen und institutionellen Faktoren, um Ehrenamt und Freiwilligenarbeit einerseits zu fördern und auszuweiten und andererseits den spezifischen Charakter zu erhalten bzw. zu schützen.

Durch das Eingehen auf unterschiedliche Motivationen für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement und die Entwicklung unterschiedlicher Angebote, aber auch die Vernetzung bestehender Initiativen, sollen noch mehr Frauen und Männer ermutigt werden, sich aktiv und kompetent an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu beteiligen. Organisationen und Einrichtungen werden aufgefordert, ihr Leitbild und ihre Einrichtungsrealität auf Engagementfreundlichkeit zu überprüfen.

Qualifizierung und Bildung wird einerseits durch ehrenamtliches und freiwilliges Engagement erreicht, andererseits braucht ehrenamtliches Engagement spezifische Qualifizierung in sozialer, persönlicher und fachlicher Kompetenz. Dabei sind unterschiedliche Zugänge von Männern und Frauen zu berücksichtigen.

Ehrenamtliches Engagement muss vor den gesellschaftlichen Realitäten bewertet werden und darf nicht zum Ersatz von bezahlter Arbeit beitragen. Die folgenden Empfehlungen haben im Rahmen gesellschaftlicher und ökonomischer Umbrüche zum Ziel, die Koordination ehrenamtlicher Arbeit so zu steuern, dass bei einer Förderung/Ausweitung ehrenamtlicher Aktivitäten ein Konsens über Standards/Richtlinien aller beteiligten Akteurinnen und Akteure entsteht, um das Ehrenamt in seiner Ursprünglichkeit zu schützen.

Empfehlungen

1. Empfehlungen an die Stadt Köln

- 1.1. Die Stadt Köln trägt zu einem bürgerschaftlichen Klima und verstärktem Interesse an Ehrenamt bei Institutionen und Freiwilligen bei. Rat und Verwaltung machen Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit zu einem Schwerpunktthema ihrer Arbeit. Durch die Öffnung von Politik und Verwaltung für ehrenamtliches Engagement, die aktive Unterstützung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger und durch Selbstverpflichtungen des Rats der Stadt Köln und der Verwaltung wird zu einer Verstärkung des bürgerschaftlichen Klimas in Köln beigetragen.
- 1.2. Die Stadt Köln unterstützt und fördert Netzwerkarbeiten zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren der ehrenamtlichen Arbeit zum bürgerschaftlichen Engagement (s. Anhang 1)

Diese beiden Empfehlungen richten sich in erster Linie an Rat und Verwaltung der Stadt und erfordern die Koordinationsleistung von FABE in Zusammenarbeit mit KABE.
- 1.3. Die Stadt Köln kooperiert bei der Einrichtung eines gemeinsamen Service-Pools mit den unterschiedlichen bestehenden Vermittlungsagenturen und den am Ehrenamt interessierten Einrichtungen. Ein Instrument zur Förderung der Kooperation ist die Einrichtung eines Internetportals, durch das die Aktivitäten und Aufgaben des gemeinsamen Servicepools gewährleistet werden.

Der Service-Pool ist Knotenpunkt für Sammlung und Transparenz über:

- a) Vermittlung Ehrenamtlicher in Einrichtungen;
- b) Vermittlung ehrenamtlicher Frauen und Männer in ehrenamtlich geführte Organisationen / nachbarschaftliches Engagement etc.;
- c) Vermittlung Freiwilliger ins Ehrenamt bzw. in das freiwillige Engagement
- d) Sammlung und Koordination der unterschiedlichen Qualifizierungsangebote für (potentielle) Ehrenamtliche. Durch den Service-Pool wird Transparenz geschaffen.

Der Service-Pool ist ein gemeinsames Projekt der Stadt Köln, der Vermittlungsagenturen und der Einrichtungen. Diese kooperieren durch einen gegenseitigen Infrastruktur-, Informations- und Wissenstransfer bei

- a) der Systematisierung der Qualifizierungsangebote und der Unterstützung der Entwicklung von Qualifizierungsverbänden in Kooperation mit Anbieter/Innen von Qualifizierungsmaßnahmen
- b) der Werbung von Einrichtungen für das Engagement im Ehrenamt
- c) der Entwicklung von Richtlinien für Einrichtungen, das Ehrenamt zu integrieren bzw. fortzuführen (s. Anhang 2 und 3)

Die Einrichtung und Pflege eines Servicepools ist ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen nicht möglich. Diese könnten z.B. aus städtischen Mitteln, durch Sponsoren oder aus Beiträgen der Einrichtungen fließen.

- 1.4. Die Stadt Köln ermöglicht die Einrichtung einer zentralen Telefonnummer für Anfragen zum Ehrenamt. Dadurch wird die Koordination der Arbeit von den Vermittlungsagenturen und von FABE gewährleistet. Hier werden finanzielle Ressourcen zur Einrichtung einer gegenseitigen Rufumleitung zwischen den verschiedenen Vermittlungsagenturen benötigt.
- 1.5. Die Stadt Köln prüft, ob interne Fortbildungen auch zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen geöffnet werden können.
- 1.6. Es wird empfohlen, dass der Rat der Stadt Köln innerhalb eines Jahres einen Austausch über den Grad der Umsetzung der Empfehlungen des Arbeitskreises des Netzwerks Bürgerschaftliches Engagement aus dem Jahr 2004 für Politik, Verwaltung und weitere Beteiligte des Netzwerks organisiert.

2. Empfehlungen an Einrichtungen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten oder arbeiten wollen

- 2.1. Die Einrichtungen überprüfen ihr Selbstverständnis zur Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.
- 2.2. Es werden Prüfsteine (s. Anhang 2) zur Engagementfreundlichkeit von Einrichtungen angewendet, die die Basis für zu entwickelnde Richtlinien für Verwaltung und Verbände stellen. Diese sollen dazu dienen, Mindeststandards für Ehrenamtliche/Freiwillige zu gewährleisten, damit ihr Engagement anerkannt und in seinem ursprünglichen Sinn erhalten wird. Die Wünsche ehrenamtlicher Männer und Frauen an ihre Einrichtung müssen von der Einrichtung anerkannt werden (s. Anhang 3) und einbezogen werden.

Bestehende Ressourcen werden genutzt, es entstehen Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Anbieter und Träger und die Koordination durch den Service-Pool.

2.3. Einrichtungen unterstützen die Qualifizierung im Ehrenamt

- a) durch die Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen.
- b) in dem sie persönliche, soziale und fachliche Kompetenzen der im Ehrenamt tätigen Frauen und Männern fördern.
- c) in dem sie Praktika, Hospitationen, Learning by doing, Praxisbegleitung und Einarbeitung anbieten.
- d) in dem sie spezifische Qualifikationsmöglichkeiten (fachspezifisch, zielgruppenspezifisch, methodenspezifisch, gender-spezifisch) im Verbund anbieten bzw. ihre Fortbildungen für Ehrenamtliche anderer Einrichtungen öffnen.

3. Empfehlung an Anbieter/Innen von Qualifizierungsmaßnahmen

3.1. Einrichtungen bieten Qualifizierung für Ehrenamtliche an, machen diese im Internetportal transparent und stellen sie auch Ehrenamtlichen anderer Organisationen zur Verfügung. Die Transparenz kann über Netzwerkarbeiten verbessert werden – Fortbildungsangebote können über den Servicepool zentral gesammelt werden.

3.2. Die Anbieter/Innen von Qualifizierungsmaßnahmen unterstützen die Koordination der vielfältigen Weiterbildungsangebote im ehrenamtlichen Bereich, Qualifizierungsangebote werden systematisch (s. Anhang 4) erfasst, so dass gemeinsam Lücken aufgedeckt werden, aber auch Transparenz hergestellt wird. In Kooperation mit FABE und KABE wird an der Entwicklung von Qualifizierungsverbänden und Angeboten in Modulen gearbeitet. Es werden Maßnahmen entwickelt, das Lernen im Ehrenamt zu unterstützen.

Rahmenbedingungen: es gibt eine Vielzahl von Qualifizierungsmaßnahmen im ehrenamtlichen Bereich, diese werden über die Vermittlungsagenturen, den Servicepool und das Internetportal transparenter. Darüber hinaus stellen Einrichtungen ihre Angebote auch Ehrenamtlichen anderer Einrichtungen nach Möglichkeit zur Verfügung.

Benötigte Ressourcen: die Weiterbildungseinrichtungen verpflichten sich, ihre Angebote – möglichst rechtzeitig – an die Vermittlungsagenturen (und damit an den Service-Pool) zu senden und tragen, indem ihre Angebote in das Internetportal aufgenommen werden, zu mehr Transparenz bei. Ressourcen in Form von Beratung werden durch die Vermittlungsagenturen zur Verfügung gestellt.

4. Empfehlung an Träger der öffentlich geförderten Weiterbildung und von öffentlich geförderten Projekten

4.1 Die Träger der Weiterbildung, die durch das Weiterbildungsgesetz gefördert werden und Träger öffentlich geförderter Projekte (z.B. EU- Projekte) prüfen, ob ein gewisses Maß an Weiterbildungsstunden Ehrenamtlichen kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann.

Benötigte Ressourcen: die Weiterbildungsstunden werden von den beteiligten Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Angebote müssen über den Service Pool gesammelt werden und von interessierten Ehrenamtlichen abgerufen werden können.

Anhang

1.) **Netzwerkarbeiten**

Netzwerkarbeiten bedeutet das Zusammenführen unterschiedlicher Akteure und Akteurinnen, die mit ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement zu tun haben. Das Spektrum reicht von Arbeitgeberorganisationen bis hin zur politischen oder nachbarschaftlichen Selbsthilfe. Netzwerkarbeiten ist Arbeiten mit heterogenen und vielfältigen Interessen. Es gibt z.B. Unterschiede zwischen den jeweiligen Herangehensweisen von Profit- und Non-Profitorganisationen oder von Verwaltungen und sozialen Einrichtungen, ebenso zwischen ergebnisorientierten Herangehensweisen aus dem Profitbereich oder von Hauptamtlichen und ggf. eher emotional engagierten Ehrenamtlichen.

a) **Wünsche an einen Servicepool für das Netzwerk der am Ehrenamt Beteiligten**

- Querverbindungen von ehrenamtlich geführten Organisationen und sozialen Einrichtungen herstellen, z.B. Sport- und Jugendeinrichtungen, Kultur und Soziales, IHK mit sozialen Einrichtungen.
- Informationen über Organisationen, die nicht so bekannt sind bzw. deren ehrenamtlicher Anteil nicht so bekannt ist: Agentur für Arbeit, IHK u.a..
- Förderung von MigrantInnenengagement – in eigenständigen Einrichtungen, aber auch integriert in alle Bereiche bürgerschaftlichen Engagements.

b) **Nachhaltigkeit von Netzwerkarbeit**

- kontinuierlicher Aufbau einer Struktur für Netzwerkarbeit in Köln.
- Festlegung von Inhalten und Zielen, zielgerichtetes Arbeiten.
- Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen durch die Stadt Köln - Erhalt und Erweiterung der Arbeitsfähigkeit von Ehrenamtlichen.

2.) **Prüfsteine für am Ehrenamt interessierte Einrichtungen (als Basis für Richtlinien)**

- a) Sich einlassen auf die Aufnahme von Ehrenamtlichen, auch öffentliche Einrichtungen wie Bürgerzentren, Bezirksverwaltungen oder VHS sollten eine Öffnung und Orientierung auf die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen anstreben.
- b) Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Herstellung der Glaubwürdigkeit der Einrichtungen im Hinblick auf Wertschätzung/Integration von Ehrenamtlichen.
- c) Bereitstellen von Ehrenamtsbeauftragten und konkreten Ansprechpartnerrinnen und Ansprechpartnern in den Einrichtungen.
- d) Sensibler Umgang mit der Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt.
- e) Sensibler Umgang in der Zusammenarbeit von Männern und Frauen im Haupt- und Ehrenamt.
- f) Konstruktiver Umgang mit den Konkurrenzen zwischen bezahlter Arbeit - sog. dritten Sektor und Ehrenamt.
- g) Organisationsentwicklung und Arbeit mit Hauptamtlichen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten wollen oder sollen.
- h) Erstellung von Tätigkeitsbeschreibungen.
- i) Gewährleistung von Transparenz.
- j) Anerkennung von eigenem Qualifizierungsbedarf und ggf. Inanspruchnahme von Beratung durch die Vermittlungsagenturen.

- k) Darstellung, welche Qualifizierungsmöglichkeiten die Einrichtungen selbst anbieten können oder bereit sind durchführen zu lassen.

3.) Systematisierung von Qualifizierungsangeboten für Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die mit Ehrenamtlichen arbeiten - für Köln

Wünsche von Ehrenamtlichen

a) an ihre Einrichtung bezüglich Begleitung, Beratung und Qualifizierung

Die folgende Tabelle unterscheidet zwischen kleinen Einrichtungen mit bis zu 10 Angestellten, Einrichtungen ab 10 Angestellten und dem „sensiblen sozialen Bereich“. Diese Unterscheidung wird getroffen, weil davon ausgegangen wird, dass je nach Betriebsgröße und -art die Integration von Ehrenamtlichen andere Voraussetzungen erfüllen muss.

Eine weitere Unterscheidung betrifft die Bedingungen der Ehrenamtlichen, die sich engagieren möchten. Hier wird unterschieden zwischen Ehrenamt, das als Langzeitbeschäftigung mit bzw. ohne Qualifikation angestrebt wird und Ehrenamt, das als Kurzzeitbeschäftigung mit bzw. ohne Qualifikation angestrebt wird. Die unter der Tabelle aufgeführten 13 Kategorien definieren (Mindest-) Standards, die von Einrichtungen bei der Beschäftigung Ehrenamtlicher berücksichtigt werden sollten. So wird z.B. angenommen, dass eine Langzeitbeschäftigung ohne Qualifikation (2. Zeile) in einer Einrichtung mit mehr als 10 Angestellten (mittlere Spalte) die für alle Formen des Ehrenamts notwendigen Kategorien 1-5 erfüllen muss, darüber hinaus aber die Kategorien 10-13 erfüllen sollte, die im Hinblick auf eine adäquate Integration in die Einrichtung formalisierte Vorgänge, eine Probezeit und den Anspruch auf Fortbildung formulieren. Im Gegensatz dazu wird vorausgesetzt, dass eine Kurzzeitbeschäftigung mit Qualifikation (3. Zeile) in einem Kleinbetrieb mit weniger als 10 Angestellten (1. Spalte) neben den Mindeststandards (1-5) eher unformalisierte Vorgänge (6-8) erfordert. Deutlich werden sollte auch, dass eine Tätigkeit im sensiblen sozialen Bereich, die nur kurzzeitig und ohne Qualifikation angestrebt wird, eher nicht möglich ist.

Art des Betriebs	bis ca. 10 Angestellte	ab ca. 10 Angestellte	Sensibler sozialer Bereich
Ehrenamt gesucht als			
Langzeitbeschäftigung Bereits qualifiziert	1-5 und 6-8 oder 10-12	1-5 und 10-12	1-5 und 6-7, 10-12
Langzeitbeschäftigung Nicht qualifiziert	1-5 und 6-9 oder 10-13	1-5 und 10-13	1-5 und 6-7, 10-13
Kurzzeitbeschäftigung Bereits qualifiziert	1-5 und 6-8	1-5 und 6, 10	1-5 und 6-7, 10-11
Kurzzeitbeschäftigung Nicht qualifiziert	1-5 und 6-9	1-5 und 6-7, 9-10	Eher nicht möglich

Mindesterwartung an jeden Betrieb/Einrichtung:

1. Formalisierte Aufnahme (gegenseitige Erwartungen klären, dann Vertrag bzw. „Spielregeln“ inkl. Arbeits-, Urlaubs-, und Freizeiten)

2. Begleitung durch eine Person (Koordinator/In)
3. Regelmäßige Besprechungen mit Hauptamtlichen und Koordinator/In
4. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Anfahrt/Dienstwege
5. Teilnahme an großen oder kleinen Teamsitzungen/Integration in Betrieb

Eher für kleine Einrichtungen und Kurzzeitbeschäftigung

1. Gegenseitige Offenheit/Konfliktfähigkeit, Dialogmöglichkeit bei Bedarf
2. Einarbeitung/häufige Rücksprache mit einem Ansprechpartner/Begleitperson
3. Unformalisierte Definition des Tätigkeitsfeldes
4. Zeit für „learning by doing“ als Qualifizierung oder Fortbildung

Eher für größere Betriebe/Einrichtungen und sensibler sozialer Bereich, eher Langzeitbeschäftigung

5. Formalisierte Definition des Tätigkeitsfeldes
6. Regelmäßige, eher formalisierte Dienstbesprechungen mit Koordinator/Team
7. Probezeit
8. Fortbildung/Kurse zur Qualifizierung

b) in nachbarschaftlichem Engagement / Selbsthilfe / von Ehrenamtlichen geführten Einrichtungen

1. Anerkennung, Diskussion und ggf. Integration eigener neuer Ideen in die bestehende Initiative
2. Möglichkeit der Mitgestaltung des laufenden Arbeitsprozesses
3. Würdigung der Übernahme von Aufgaben
4. Diskussionsbereitschaft / Konfliktfähigkeit

4. Wünsche von Einrichtungen an Beratung und Qualifizierung (Anforderungsprofil für durch Ehrenamtliche zu besetzende Positionen)

Einrichtungen, die Ehrenamtliche einsetzen, erwarten in der Regel bestimmte persönliche bzw. charakterliche Eigenschaften wie

- Zuverlässigkeit
- Motivation
- Teamfähigkeit
- Belastbarkeit
- Interesse an der Arbeit der Einrichtung
- Identifikation mit deren Zielsetzungen
- Ggf. zeitliche Flexibilität

Die Erwartungen an die Qualifikation hängen stark von der jeweiligen Aufgabe ab. Kurzzeitige, einmalige Einsätze (z.B. als Helfer/In bei Veranstaltungen oder Projekten) erfordern neben den o.a. Eigenschaften in der Regel keine weitere Qualifikation. Bei längerfristigem oder

regelmäßigem Engagement kann eine spezifische Eignung für die Aufgaben und / oder die Bereitschaft zur persönlichen Aus- und Fortbildung erwartet werden.

Typische Einsatzfelder in Organisationen, die selbst ehrenamtlich geführt werden (wie etwa Sportvereine), sind einerseits verwaltende und organisierende Tätigkeiten, andererseits Fachaufgaben. Für erstere werden oft Vorkenntnisse aus Studium, Beruf oder früheren ehrenamtlichen Funktionen erwartet. Für letztere sind spezielle Qualifikationen erwünscht (z.B. Übungsleiterlizenz). Daraus resultieren Erwartungen an Träger von Qualifizierung.

Benötigt werden Schulungen in Teilbereichen des Rechts (z.B. Vereins- und Steuerrecht), Organisation, Kommunikation, soziale Kompetenzen, Öffentlichkeitsarbeit, daneben aufgabenbezogenes Fachwissen (in der Jugendarbeit, im Sportrecht, im Zuschusswesen). Für fachliche Aufgaben werden spezielle Angebote wie Übungsleiterlizenzausbildung oder aufbauende Fortbildungsangebote benötigt.

Ehrenamtlich geführte Organisationen haben darüber hinaus ihrerseits einen Bedarf an Beratungsangeboten: Ein Netzwerk zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements muss Interessierten den Zugang zu Qualifizierungsangeboten verschaffen können und Ehrenamtsbörsen betreiben, um Angebot und Nachfrage nach Ehrenamt zusammenführen zu können.

für die Arbeitsgruppe 1

Angelika Blickhäuser und Susanne Schmidt

Köln, 4.10.2004

2.2 Arbeitsgruppe 2

Unternehmensengagement im Gemeinwesen

Leitung:

Ulla Eberhard, Kölner Freiwilligen Agentur
Claudia Betzing, Industrie- und Handelskammer
Julia Adou, Ford-Werke AG

In der Arbeitsgruppe haben mitgearbeitet:

Michael Cremer, Stadtparkasse Köln
Monika Dierksmeier, Der Paritätische, Kreisgruppe Köln
Claudia Düx, Stadt Köln – Personalamt
Ruth-Maria Erz, IN VIA, Kath. Mädchensozialarbeit Köln e.V.
Bernd Herzogenrath, Stadt Köln - Amt für Soziales und Senioren
Melanie Lindhorst, ASB Alten- und Pflegeheime Köln GmbH
Ernst Mommertz, Logosystem Köln
Christian Schilling, Kölner Bank e.G.
Dieter Schöffmann, VIS a VIS Agentur für Kommunikation
Beate Stumm, Stadt Köln - Bürgeramt Innenstadt
Jutta Stüsgen, Katholikenausschuss

Handlungsempfehlungen

A: Gesellschaftliches Unternehmensengagement anregen

Den Begriff "Unternehmensengagement" verbinden Unternehmen derzeit in der Regel vor allem mit dem Einsatz finanzieller Mittel. Weniger bekannt hingegen ist die Möglichkeit, sich als Unternehmen durch "Zurverfügungstellung" des Wissens und der Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesellschaftlich zu engagieren. Die im Folgenden aufgeführten Maßnahmen haben zum Ziel, diese Möglichkeit des Unternehmensengagements bekannter zu machen.

A 1 Corporate Citizenship auf die öffentliche Tagesordnung setzen

A 1.1 Agendasetting in den Medien

A 1.1 a) Beschreibung der Maßnahme

Der *Kölner Stadt Anzeiger* (erste Priorität, ansonsten ein anderes geeignetes Nachrichtenleitmedium) sowie *Markt + Wirtschaft* (IHK-Magazin) werden dazu bewegt, das Thema „Corporate Volunteering“ in seinen (für Unternehmen) interessanten und relevanten Facetten über ca. ein Jahr im Rahmen einer Serie zu beleuchten und den Leserinnen und Lesern näher zu bringen.

A 1.1 b) Begründung der Maßnahme

Mit der Vermittlung des Themas durch die Medien über einen längeren Zeitraum werden Fachkräfte und Entscheider in Kölner Unternehmen erreicht und für das Thema sensibilisiert. Sie erfahren, dass und wie Corporate Volunteering auch dem Unternehmen Nutzen stiftet und dass es somit lohnend ist, ein entsprechendes Unternehmensengagement zu beginnen bzw. entsprechend weiter zu entwickeln.

A 1.1 c) Mitwirkende

Es erfolgt eine Erstansprache der Herausgeber / Chefredaktion KSTA wie auch M+W.

A 1.1 d) Ressourcen und Zeitrahmen

Es entstehen u. a. Kosten für die Zusammenstellung von Themenvorschlägen und Basismaterial für die Serien. Von der Kontaktaufnahme bis zum ersten Gesprächstermin ist mit einer Zeitdauer von ca. 6-8 Wochen zu rechnen.

A 1.2. Infodienst

A 1.2. a) Beschreibung der Maßnahme

Ein qualifizierter Infodienst bündelt Informationen zum Thema „Corporate Volunteering (in Köln)“ und vermittelt diese in professioneller Weise an die Kölner Medienlandschaft. Zugleich bietet er die Vermittlung kompetenter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für recherchierende Journalistinnen und Journalisten sowie Redaktionen an (siehe hierzu auch Netzwerk von Ansprechpartnern).

A 1.2 b) Begründung der Maßnahme

Redaktionen wird eine Berichterstattung über das Thema erleichtert. Dadurch erhöht sich die Chance, dass die Zielgruppe Unternehmen mit dem Thema konfrontiert und zu einer konstruktiven Auseinandersetzung angeregt wird.

A 1.2. c) Mitwirkende

Zum einen tragen Stadt und IHK dazu bei, dass der Infodienst in der Wahrnehmung der Redaktionen Relevanz erlangt. Zum anderen stellen intermediäre Akteure im Handlungsfeld Corporate Volunteering (Kölner Freiwilligen Agentur, Vis a Vis und weitere) aktuelle und relevante Informationen bereit. Darüber hinaus ist es wünschenswert, wenn engagierte Unternehmen aktuelle Informationen liefern.

A 1.2. d) Ressourcen und Zeitrahmen

Für die Konzeption, Erstgestaltung bis zur ersten Ausgabe des Presseinfodienstes „Corporate Volunteering in Köln“ sind 6 Wochen anzusetzen. Benötigt wird eine verantwortliche Person oder Institution, die den Infodienst regelmäßig zusammenstellt und vertreibt. Der hierfür benötigte Zeit- und Kostenaufwand ist derzeit noch nicht abschätzbar.

A 1.3. Netz von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern

A 1.3. a) Beschreibung der Maßnahme

Es wird ein Pool von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern zum Thema "Corporate Volunteering" zusammengestellt. Der Personenkreis zeichnet sich dadurch aus, dass alle über fundierte Kenntnisse des Themenfeldes „Corporate Volunteering“ sowie der aktuellen Praxis und Entwicklungen in Köln verfügen.

A 1.3 b) Begründung der Maßnahme

Redaktionen wird eine Berichterstattung über das Thema erleichtert. Dadurch wird die Chance erhöht, dass Unternehmen mit dem Thema konfrontiert und zu einer konstruktiven Auseinandersetzung angeregt werden. Darüber hinaus erfahren die Unternehmen durch eine entsprechende Medienresonanz eine starke öffentliche Anerkennung.

A 1.3. c) Mitwirkende

Siehe oben unter Infodienst.

A 1.3. d) Ressourcen und Zeitrahmen

Die jeweiligen Personen müssen bereit sein, dass ihre Kontaktdaten kommuniziert werden und dass sie angesprochen werden. Benötigt wird eine verantwortliche Person oder Institution, die das "Netzwerk" auf dem aktuellen Stand hält und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vermittelt. Der hierfür benötigte Zeitaufwand ist derzeit noch nicht abschätzbar.

A 1.4. Jahresevent

A 1.4. a) Beschreibung der Maßnahme

Einmal jährlich lädt der Oberbürgermeister ins Rathaus zu einer Präsentations- und Infoveranstaltung „Corporate Volunteering in Köln“ ein. Im Rahmen der Veranstaltung werden anregende und vorbildhafte Beispiele aus der Praxis des Unternehmensengagements vorgestellt (Präsentationsteil). An Infoständen (Infobörse) besteht anschließend die Möglichkeit, mit Unternehmensvertretern vertiefende Gespräche zu führen, Mittler- und Beratungsinstitutionen sowie potenzielle gemeinnützige Engagementpartner kennen zu lernen.

A 1.4. b) Begründung der Maßnahme

Erfahrungen mit der Veranstaltungen vom 12. November 2003 haben gezeigt, dass dies bei Entscheidern aus Unternehmen einen starken Anstoß zur Entwicklung eines eigenen Engagements bieten kann. Die Unternehmen, die ihr Engagement vorstellen können, erfahren jeweils eine konkrete Anerkennung.

A 1.4. c) Mitwirkende

An Vorbereitung und Durchführung einer solchen Veranstaltung wirken Oberbürgermeister, Stadtverwaltung (FABE), Kammern, Mittlerorganisationen, Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen mit.

A 1.4. d) Ressourcen und Zeitrahmen

Von der Entscheidung über die Durchführung einer solchen Veranstaltung bis zur Realisierung müssen mindestens sechs Monate angesetzt werden.

A 2 Corporate Citizenship auf die unternehmensinterne Tagesordnung setzen

A 2. a) Beschreibung der Maßnahme

Betriebe und Unternehmen werden durch eine Kampagne gezielt angesprochen. Zum einen wird über eine Mailingaktion der Oberbürgermeister die Inhaberinnen und Inhaber/die Unternehmensführung anschreiben und zum Mitmachen ermuntern. Mittlerorganisationen wenden sich zeitgleich an die zweite Ebene (Unternehmenskommunikation und die Personalabteilung). Parallel wird das Thema in Unternehmerkreisen wie Verbänden, Kammern, Arbeitskreisen etc. platziert.

A 2. b) Begründung der Maßnahme

Nur durch die vorgeschlagene gezielte Ansprache (anstelle Gießkannenprinzip) der unterschiedlichen Zielgruppen im Unternehmen kann das Thema im Unternehmen platziert werden.

A 2. c) Mitwirkende

Der Oberbürgermeister/Stadtverwaltung wird ein Schreiben an die Unternehmensführung richten. Mittlerorganisationen stellen den Kontakt zur Unternehmenskommunikation und Personalabteilung her. Unternehmen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich im Rahmen von CV engagieren, stehen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für interessierte Unternehmen zur Verfügung (siehe auch Netz von Ansprechpartnern).

A 2. d) Ressourcen und Zeitrahmen

Es entstehen Kosten für die Mailingaktion, für die Erstellung eines Infoblattes sowie für die Koordination der Kampagne.

Die Kampagne findet vor dem Kölner Ehrenamtstag oder dem Kölner FreiwilligenTag statt und ist in eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit eingebunden. (Siehe hierzu auch die Ausführungen zu A 1).

A 3. Köln-spezifisches Anerkennungssystem einführen

A 3.1 Corporate Volunteering -Logo/-Label für Köln

A 3.1 a) Beschreibung der Maßnahme

Ein Logo/Label wird entwickelt, das an Kölner Unternehmen verliehen wird, die sich bürgerschaftlich engagieren. Dabei können Unternehmen dieses einmal jährlich (bis zu einer jedes Jahr wiederkehrenden, festgelegten Frist) beantragen (schriftlich mit max. einer Seite Darstellung des Engagements). Ein Gremium prüft daraufhin und spricht zu. Der Oberbürgermeister verleiht das Logo/Label.

A 3.1 b) Begründung der Maßnahme

Das Logo/Label soll als Auszeichnung und Anerkennung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement an Unternehmen verliehen werden. Diese können es daraufhin für ihre Kommunikation (Briefpapier, Visitenkarte, Internetauftritt, usw.) verwenden. Diese Maßnahme trägt dazu bei eine für Köln spezifische Anerkennungskultur für das Engagement von Unternehmen zu entwickeln. Da das Logo/Label sichtbar ist und öffentlich genutzt werden kann, werden Bürgerinnen und Bürger sowie Kundinnen und Kunden für das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmen sensibilisiert. Unternehmen erhalten dadurch die Möglichkeit sich von der Konkurrenz abzuheben und ihren Kunden durch die offensichtliche Verantwortungsübernahme für die Gemeinschaft, Nähe und Vertrauenswürdigkeit zu demonstrieren. Eine intensive Begleitung durch die Öffentlichkeit (auch die Presse) bewirkt bei den Mitbewerbern einen Nachahmereffekt („Das wollen oder müssen wir auch haben“), der wiederum bisher nicht engagierte Unternehmen bewegen wird, sich einzubringen.

A 3.1 c) Mitwirkende

Das Gremium, die Organisationsstelle und der Oberbürgermeister sind die ausschlaggebenden Mitwirkenden.

A 3.1 d) Ressourcen und Zeitrahmen

Die Entwicklung des Logos/Labels, die Erarbeitung des Kriterienkataloges und die Erstellung des Anforderungsprofils an das Vergabegremium wird einmalig bereitgestellt. Daraufhin bedarf es jedes Jahr wiederkehrend einer Organisationsstelle, der Urkundenerstellung und Logo/Labelreproduktion sowie der Ausrichtung der Übergabeveranstaltung.

B: Engagementpartnerschaften zwischen Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen anregen

Bei Corporate Volunteering kommen zwei Partner zusammen, die zur Erfüllung ihrer ureigenen Aufgaben nicht zusammen kommen müssten – und das bisher auch nur selten tun. Finden die Partner dennoch zusammen, so entsteht etwas Neues, das nicht nur den beiden Partnern, sondern auch dem Gemeinwesen nutzt. Zu beachten ist allerdings, dass sich die beiden Partner - Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen - oft fremd sind und nicht die gleiche Sprache sprechen. Soll die Partnerschaft Erfolg haben, müssen sich Partner finden, die zueinander passen; Projekte entwickelt werden, die für beide Seiten Sinn machen; und die Zusammenarbeit im gemeinsamen Projekt so angelegt sein, dass das Angestrebte auch erreicht wird. Um diese Rahmenbedingungen für gelingende Partnerschaften in Köln zu schaffen, werden drei Maßnahmenbereiche vorgeschlagen:

B 1 Ansprechpartner im Amt des Oberbürgermeisters

B 1 a) Beschreibung der Maßnahme

Im Amt des Oberbürgermeisters gibt es (weiterhin) eine Kontaktperson, die für Corporate Volunteering zuständig ist. Ihre Aufgaben sind die Beantwortung von Anfragen zu Corporate Volunteering, die an die Stadt Köln gerichtet werden; die Vermittlung der Anfragenden zu geeigneten Ansprechpartnerin; die Koordination von Corporate Volunteering-Aktivitäten der Stadt Köln sowie Impulsgeber zu sein für neue Projekte in diesem Bereich.

B 1 b) Begründung der Maßnahme

Im Bereich Corporate Volunteering werden die Aufgaben der Stadtverwaltung vor allem darin gesehen, Engagementbarrieren in Köln abzubauen, Interessierte an die „richtigen“ Stellen zu vermitteln, die Federführung innerhalb der Stadtverwaltung in der Hand zu halten und Impulse zur Weiterentwicklung zu geben.

B 1 c) Mitwirkende

Die Stelle FABE im Amt des Oberbürgermeisters und Ansprechpartner bei den teilnehmenden Institutionen.

B 1 d) Ressourcen und Zeitrahmen

Die Stelle FABE ist weiterhin personell entsprechend auszustatten.

B 2 Beratungs- und Vermittlungskompetenz für Unternehmen und Gemeinwohlororganisationen

B 2 a) Beschreibung der Maßnahme

Eine Mittlerorganisation bringt Unternehmen und Gemeinwohlororganisationen zusammen. Die Aufgaben einer Mittelstruktur sind:

- *Vermittlung*: Interessierte Unternehmen und interessierte Gemeinwohlororganisationen wenden sich an die Mittlerorganisation, die geeignete Partnerinnen und Partner zusammenbringt.
- *Beratung und Qualifizierung*: Unternehmen und Gemeinwohlororganisationen klären die jeweiligen Erwartungen und die Besonderheiten der Arbeitsabläufe und gewinnen Verständnis für die jeweiligen Arbeitsstrukturen. Chancen und Grenzen der ehrenamtlichen Einsätze werden diskutiert und geklärt.
- *Aktivierung*: Corporate Volunteering-Projekte werden sowohl bei Unternehmen wie auch bei Gemeinwohlororganisationen bekannt gemacht und für eine Beteiligung wird geworben.

B 2 b) Begründung der Maßnahme

Unternehmen verfügen in der Regel nur über unzureichende Zugänge im Non-Profit-Bereich. Umgekehrt gilt das genauso. Die oft von gegenseitiger Unkenntnis – und bisweilen von gegenseitigen Ressentiments – gekennzeichneten Beziehungen bedürfen deshalb einer Struktur, die selbst uneigennützig ist und als `ehrlicher Makler´ vermittelt, gemeinnütziges Unternehmensengagement fördert, berät und Kontakte herstellt. Darüber hinaus sind gerade die modernen, in Marketing und Kommunikationsstrategien eingebetteten Formen des gemeinnütziges Unternehmensengagements auf Mittlerorganisationen angewiesen, um auf tatsächliche Bedürfnislagen reagieren zu können, Wahlmöglichkeiten zu schaffen, den Verdacht von Begünstigung oder Klientelismus erst gar nicht aufkommen zu lassen und – nicht zuletzt – Qualitätsstandards zu sichern.

B 2 c) Mitwirkende

Beauftragte für Ehrenamt in den Unternehmen, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner oder Koordinatorinnen und Koordinatoren bei den Nonprofit-Organisationen sowie Mittlerorganisationen.

B 2 d) Ressourcen und Zeitrahmen

Erforderlich sind Personal- und Sachkosten. Wünschenswert ist die Mitarbeit Ehrenamtlicher. Realisierung und Finanzierung durch einen Trägerkreis: Die beteiligten Unternehmen schließen sich zu einem Trägerkreis zusammen und finanzieren die Mittlerorganisation über Beiträge.

Vorlaufzeit: zwei bis sechs Monate.

B 3 Aktionsanlässe schaffen

B 3 a) Beschreibung der Maßnahme

Unternehmen werden attraktive Anlässe geboten, um sich an CV-Aktionen zu beteiligen – ohne viel Aufwand und trotzdem mit Wirkung nach innen und in die Öffentlichkeit. Gleichzeitig können Gemeinwohlorganisationen kleinere Projekte verwirklichen, die anderweitig nicht zu realisieren wären. Solche Aktionsanlässe werden regelmäßig geschaffen.

Zwei Aktionsanlässe gibt es in Köln bereits. Mit den beiden Veranstaltern könnte gemeinsam überlegt werden, die beiden Aktionen in Bezug auf Corporate Volunteering in einen gemeinsamen Rahmen zu stellen und möglicherweise auch gemeinsam zu bewerben:

Kölner FreiwilligenTag, im Herbst (Veranstalter: Kölner Freiwilligen Agentur)

Kölle putzmunter, im Frühjahr (Veranstalter: Stadt Köln)

Ergänzend zu den ersten beiden wird ein dritter Aktionsanlass neu geschaffen. Er bezieht sich nicht wie die beiden ersten auf einen ganz bestimmten Tag sondern ist ein Angebot, das insbesondere viel beschäftigte Berufstätige anspricht und ganzjährig flexibel „gebucht“ werden kann:

3. Der Engagementkalender

B 3 b) Begründung der Maßnahme

Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen wird es einfach gemacht, sich an Corporate Volunteering-Aktivitäten zu beteiligen. Wenn eine Mittlerorganisation die begleitende Kampagne übernimmt und die passenden Partnerinnen und Partner zusammenbringt, ist der Aufwand für Unternehmen und Gemeinwohlorganisation gering. Die Aktionsanlässe wirken als Schnupperangebote, die Geschmack auf mehr machen.

B 3 c) Mitwirkende

Gemeinnützige Organisationen. Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für 1 und 2: Die Veranstalter (Stadt Köln, Kölner Freiwilligen Agentur). Für 3: eine Mittlerorganisation.

B 3 d) Ressourcen und Zeitrahmen

Erforderlich sind Personal- und Sachkosten. Wünschenswert ist die Mitarbeit Ehrenamtlicher. Bei 1 und 2 haben die Veranstalter bereits ein Finanzierungskonzept (KFA: Teilnahmebeitrag von Unternehmen; Stadt Köln: öffentliche Mittel).

Für 3 muss ein Finanzierungskonzept und eine Mittlerorganisation noch gefunden werden. Denkbar ist wie bei B 2 die Bildung eines Trägerkreises: Die beteiligten Unternehmen schließen sich zu einem Trägerkreis zusammen und finanzieren die Mittlerorganisation über Beiträge.

Vorlaufzeit für 3: circa drei Monate.

C: Lokale strategische Problemlösungspartnerschaften

Unternehmen verstehen sich in dem Sinn als Akteure der Bürgergesellschaft als sie ihre Entscheidung, wo sie tätig werden, nicht nur Unternehmensinteressen und dem Zufall überlassen. Vielmehr machen sich Unternehmen/ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst ein Bild über den Bedarf im Gemeinwesen. Damit treffen sie ihre Entscheidung über Engagementformen und -orte vor einem politischen, d.h. das Gemeinwesen als Ganzes im Auge habenden Hintergrund. Neu an dieser Form des Corporate Volunteering ist, dass nicht eine gemeinsame Aktivität / ein gemeinsames Projekt sondern eine gemeinsame, langfristig angelegte, gesellschaftliche Problemlösung im Mittelpunkt steht.

C 1. Strategie- und Entwicklungswerkstätten

C 1. a) Beschreibung der Maßnahme

In Strategie- und Entwicklungswerkstätten treffen unterschiedliche Akteure zusammen und versuchen gemeinsam gesellschaftliche Probleme zu lösen, die sie als drängend empfinden. Bei der Lösung setzen die Beteiligten die Möglichkeiten ein, über die sie jeweils verfügen.

In regelmäßigen Abständen werden Foren veranstaltet, die themen- oder stadtteilbezogen wichtige gemeinwesenorientierte Fragen aufgreifen. Beteiligen können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger, gemeinnützige Vereine/ Einrichtungen und Unternehmen. Das Problem/der Bedarf wird vorgestellt, danach wird gemeinsam diskutiert, wo Handlungsbedarf ist. Anschließend werden Maßnahmen diskutiert und überlegt, wie sie gemeinsam umgesetzt werden können. Zum Schluss werden Verabredungen darüber getroffen, welche Akteure in welchen Maßnahmen tätig werden.

C 1. b) Begründung der Maßnahme

Die Foren ermöglichen das Aufspüren konkreter Problemlagen, da unterschiedliche Akteure diese gemeinsam einbringen. Die vorgeschlagene Maßnahme dient insbesondere der stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen an kommunalen Entscheidungsprozessen. Die Foren werden regelmäßig veranstaltet und stehen in kontinuierlichem Diskussionszusammenhang, weshalb das Engagement nachhaltig wirkt.

C 1. c) Mitwirkende

Zur Vorbereitung und Ermöglichung der Foren wird ein Veranstalter benannt. In den Foren wirken interessierte Bürgerinnen und Bürger (die zumindest ansatzweise organisiert sind), gemeinnützige Organisationen, Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein Veranstalter/Vermittler.

C 1. d) Ressourcen und Zeitrahmen

Die erforderlichen Mittel richten sich nach der Wahl des Veranstalters und dem Umfang der Foren. Als Vorlauf für die Foren sollten drei Monate eingerechnet werden.

Arbeitsgruppe 3

Gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements

Leitung:

Cornelia Harrer, KABE-Geschäftsführerin, Paritätischer Wohlfahrtsverband
Anne Rossenbach, KABE, Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Köln

In der Arbeitsgruppe haben mitgearbeitet:

Norbert Becker, Stadt Köln, Bürgeramt Ehrenfeld
Helga Blümel, Amt für Diakonie
Christian van Duijnen, Johanniter Unfall-Hilfe e.V.
Monika Funken, Stadt Köln, Kliniken
Dr. Miriam Haller, Universität Köln
Marlene Januszewski, TV Rodenkirchen 1898 e.V. (Sport)
Michaela Lippmann, Deutscher Kinderschutzbund
Erika Matt, Seniorenvertretung
Peter Merheim, Freiwillige Feuerwehr
Udo Molitor, Stadt Köln, Amt für öffentliche Ordnung
Dr. Karl-Heinz Peters, FDP Köln-Mülheim u. Förderkreis rechtsrheinisches Köln e.V.
Markus Peters, Katholikenausschuss
Ilse Stibbe, Bund Deutscher Schiedsmänner und -frauen
Christine Zechner, VCD e.V. Verkehrsclub Deutschland

Ausgangslage

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 07.10.2003 die Verwaltung beauftragt in einer Steuerungsgruppe ein „Kölner Konzept zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ zu entwickeln und in diesem Zusammenhang ein Netzwerk aufzubauen, das bürgerschaftliches Engagement in Köln voranbringt. In dieser Steuerungsgruppe arbeiten die Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagement (FABE), der Kölner Arbeitskreis Bürgerschaftliches Engagement (KABE) und Vertreter/innen aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft partnerschaftlich zusammen. Die Geschäftsführung der Steuerungsgruppe obliegt der Kommunalstelle FABE.

Es ist beabsichtigt, die Bedingungen konkret zu verbessern, unter denen sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln kann: sei es in der Anerkennungskultur oder in verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung. Gleichzeitig soll durch das Netzwerk noch mehr das Interesse der Bürgerinnen und Bürger geweckt werden, sich in und für die Stadt zu engagieren.

Mit der Gründung des Netzwerkes soll ein kreativer Prozess in Gang gesetzt werden, der die Kräfte und die Energie der Bürgerstadt Köln wachsen lässt.

Präambel

Bürgerschaftliches Engagement hält die Gesellschaft zusammen. Wer sich freiwillig engagiert, leistet einen Beitrag zu einer Gesellschaft, die auf Vertrauen und Solidarität, Eigeninitiative und Verantwortung setzen kann. Das Engagement von vielen bringt Chancen für alle: Eine Bürgergesellschaft, die von der Mitgestaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt, wird die Herausforderungen, vor denen Deutschland heute steht, besser bewältigen.⁴

Deshalb sollten alle Formen öffentlicher Anerkennung – gleichgültig ob materieller oder immaterieller Art – einer einzigen Prämisse folgen:

Freiwillig engagierte Menschen wollen und verdienen Anerkennung für ihre Arbeit in der Form ernsthafter und ernst genommener Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe, das heißt Akzeptanz

- in den Einrichtungen/Organisationen/Parteien und Initiativen, in denen sich Menschen engagieren,
- in der Stadt Köln als gesamtgesellschaftlichem System,
- in der Politik,
- bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern.

Auf dieser Grundlage gibt die Arbeitsgruppe Handlungsempfehlungen zu vier Schwerpunkten, wie die öffentliche und gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln gefördert werden kann:

1. Neugestaltung/ Modernisierung des Kölner Ehrenamtspreises

Begründung:

Der Ehrenamtspreis KölnEngagiert ist ein wichtiges und zentrales Ereignis zur Würdigung und öffentlichen Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements, das nicht nur erhalten bleiben soll, sondern durch eine Neugestaltung an Bedeutung hinzu gewinnen kann.

Eine Modernisierung kann dazu beitragen, dass Bürgerschaftliches Engagement bekannter und noch öffentlicher wird als bisher.

Angestrebt werden muss, dass sich auch diejenigen gesellschaftlichen Gruppen angesprochen fühlen, die sich bisher eher weniger für den Ehrenamtspreis interessiert haben, z.B. junge Menschen und Menschen, die sich für Kultur oder Ökologie engagieren.

Der Ehrenamtspreis sollte genutzt werden, wichtige Botschaften rund ums bürgerschaftliche Engagement zu transportieren (z.B. „Ohne Engagement – keine WM“)

Handlungsempfehlungen:

- Der Begriff Ehrenamt wird konsequent ersetzt durch den Begriff bürgerschaftliches Engagement. (Anmerkung: Mit Ehrenamt wird gemeinhin soziales, langjähriges, an Institutionen gebundenes Engagement assoziiert. Bürgerschaftliches Engagement ist breiter gefasst und schließt auch Engagementformen wie Projektarbeit, Arbeit in Bürgerinitiativen und Selbsthilfe mit ein.)
- Der Ehrenamtspreis KölnEngagiert wird deshalb umbenannt, z.B. in Kölner Oscar für bürgerschaftliches Engagement.

⁴ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

<http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/Freiwilliges-Engagement/buergerschaftliches-engagement.html>

- Bei Ausschreibung und Verleihung ist darauf zu achten, dass man sich nicht um einen Preis bewerben muss, sondern diesen verliehen bekommt. Als Kriterien für das Engagement werden nicht nur die Länge oder die Häufigkeit des Engagements prämiert, sondern auch, dass es sich um eine ungewöhnliche oder neue Form des Engagements handelt.
- Die Verleihung wird durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Kampagnen begleitet (KStA, Rundschau, Wochenspiegel, Stadtrevue, Radio und Fernsehen).
- Die Kampagnen sollen (Zielgruppen) ansprechend, witzig und pfiffig sein.
- Die Verleihung findet in einem würdigen/festlichen Rahmen statt (z.B. Rathaus, Gürzenich).
- Die Verleihung sollte im Lokalfernsehen übertragen werden (s. Tag des Ehrenamts in Rheinland-Pfalz).
- Die Jury ist nicht nur von Amtsträgern und Lobbyisten besetzt, sondern auch mit Bürgerinnen und Bürger ohne offizielle Funktion.
- In der Jury ist auf die gleichwertige Besetzung der Geschlechter zu achten.
- In der Jury sind auch junge Menschen vertreten.
- Preisverleihungen können unter ein bestimmtes Motto gestellt werden.
- Für die Verleihung des Preises könnten auch zusätzliche Kategorien oder Zusatzpreise in Zusammenarbeit mit Sponsoren entwickelt werden, z.B.:
 - Engagement fürs Veedel
 - Grenzüberschreitendes Engagement
 - Generationsübergreifendes Engagement
 - Engagement als Brücke ins Erwerbsleben
 - Engagement von/ für Migranten
 - Das engagementfreundliche Unternehmen
 - Engagementfreundliche Organisation (eine Organisation, die Strukturen bereithält, die dazu führen, dass es Spaß macht, sich zu engagieren).
- Über neue Preise ist nachzudenken, z.B. Platz auf einem Engagementwagen beim Rosenmontagszug/CSD.
- Damit der Engagementpreis Köln ein wirklich wichtiges gesellschaftliches Ereignis wird, sollten auch die anderen Verleihungen und Ausschreibungen durch Parteien oder Verbände zeitlich besser aufeinander abgestimmt werden.

2. Neue Ausgestaltung des Ehrenamtstages

Begründung:

Der Kölner Ehrenamtstag ist neben dem Preis KölnEngagiert ein wichtiges Instrument, bürgerschaftliches Engagement zu würdigen und öffentlich anzuerkennen.

Die Erfahrungen der letzten Ehrenamtstage haben gezeigt, dass die Ehrenamtsbörse nicht das geeignete Instrument ist, für bürgerschaftliches Engagement zu werben. Von daher ist über die grundsätzliche Ausrichtung des Tages nachzudenken. Stehen Ehrenamtstage unter einem bestimmten Motto oder Thema, kann gezielter geworben werden.

Eine räumliche Trennung von Ehrenamtstag und Preisverleihung sollte angestrebt werden, damit das eine Event nicht das andere überlagert. Eine Umbenennung in Freiwilligentag oder Tag des bürgerschaftlichen Engagements ist angemessen, damit alle Formen des Engagements ihre Würdigung finden.

Handlungsempfehlungen:

- Sowohl Örtlichkeit wie Termin sollten überdacht werden; ein zentraler Ort wie der Neumarkt könnte mehr Öffentlichkeit herstellen.
- Kampagnen wie „Engagement verbindet Generationen“ begleiten den Tag des Engagements und machen auf bestimmte gesellschaftliche Themen/Fragen aufmerksam.
- Bei der Entwicklung von Ehrenamtskampagnen sollten Werbeagenturen, Fachhochschulen für Medien und Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.
- Neben der Ehrenamtsbörse sollten die Organisationen Schnupperangebote für potentielle Freiwillige anbieten.
- Neben einem kulturellen Bühnenprogramm gibt es beim Tag des Engagements eine Ideen-/Engagementbörse wie auch ein Bühnenprogramm, das wichtige Themen rund ums Ehrenamt aufgreift. Außerdem sollten Engagierte und Organisationen, die mit Engagierten arbeiten, selbst zu Wort kommen.
- Die Kölner Musik- und Kunstszene ist noch stärker bei einem eventuellen Bühnenprogramm mit einzubeziehen.
- Die Stadt Köln vergibt einen Preis für einen kölschen Engagementsong.

3. Erhalt und Ausbau einer engagementfreundlichen Infrastruktur in Köln

Begründung:

Die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements wird auch durch eine engagementfreundliche Infrastruktur gefördert. Eine engagementfreundliche Infrastruktur sorgt dafür, dass

- die Zugangswege und Information zum Engagement einfach und übersichtlich sind.
- Engagement Spaß macht und nicht durch bürokratische Hürden erschwert wird
- Der Engagierte nicht durch sein Engagement benachteiligt wird, sondern sogar Vorteile hat und für sein Engagement „belohnt“ wird

Handlungsempfehlungen:

- Die bereits bestehenden Organisationen und ihre Mitglieder FABE, KABE und KISS müssen im vollen Umfang von der Kommune finanziert werden. Eine Aufstockung der Förderung bei sich vermehrenden Aufgaben muss möglich sein.
- Analog zum Haus der Selbsthilfe kann es mittelfristig ein Haus der Vereine geben; zumindest ist dafür zu sorgen, dass für kleine Vereine/ Projektgruppen/Initiativen eine Möglichkeit geschaffen wird, gemeinsam Räume, Arbeitsmaterialien und technische Hilfsmittel kostengünstig/kostenfrei zu nutzen

- In einer breit angelegten Kampagne wird bei Unternehmern und Arbeitgebern geworben, dass sie das bürgerschaftliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen (s. AG corporate volunteering)

Dabei sollten insbesondere „einfache“ Formen beworben werden: z.B. dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr Engagement für x Stunden freigestellt werden, den Computer, Fotokopierer oder Räume in den Abendstunden für ihr freiwilliges Engagement nutzen können. Es sollte dafür geworben werden, dass freiwilliges Engagement durch flexible Arbeitszeitregelungen unterstützt wird.

- Das Thema bürgerschaftliches Engagement, das durch den Leitbildprozess einen Bedeutungszuwachs erhalten hat, muss weiter bearbeitet werden.
- Der Rat der Stadt regt – analog zum Bündnis für Familien – eine gemeinsame Initiative mit Arbeitgeber- und Unternehmensverbänden an, dass bürgerschaftliches Engagement nicht zu beruflichen Nachteilen führt (z.B. bei Personen, die im Katastrophenschutz engagiert sind)
- Diese Initiative kann auch eine Kampagne anstreben, dass bürgerschaftliches Engagement durch qualifizierte Zeugnisse eine Aufwertung erfährt.
- Kommunalpolitik setzt sich über den Städtetag oder die Kultusministerkonferenzen dafür ein, dass bürgerschaftliches Engagement als ein zusätzliches Kriterium z.B. bei der Vergabe von Studienplätzen, des Studienorts oder von Ausbildungsplätzen berücksichtigt wird.
- Eine zu gründende Arbeitsgruppe „gesellschaftliche Anerkennung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ überprüft und entwickelt Möglichkeiten, wie Engagierte „begünstigt“ werden können, z.B. durch einen Engagementpass/ -card/ -ausweis, mit dem man Vergünstigungen für kulturelle, sportliche oder andere Veranstaltungen bekommen kann. (Anmerkung: Bei der Umsetzung ist zu bedenken, dass ein möglichst unbürokratisches Verfahren entwickelt wird. Bei der hohen Zahl der Engagierten wird es vermutlich nicht mal möglich sein, alle in Köln Engagierten zu erfassen, geschweige die Quantität, bzw. Qualität ihres Engagements zu dokumentieren. Bei denen, die „vergünstigen“, ist zu beachten, dass sie das gerne tun und nicht dazu verpflichtet werden.)
- Am Tag des Engagements kann es Sondertarife/Rabatte für bürgerschaftlich Engagierte geben.
- Aufbau eines Ehrenamtsnewsletters
- Aufbau eines Ehrenamtsservers

4. Förderung der öffentlichen Anerkennung durch Beteiligung

Begründung:

Ein wichtiges Motiv für Menschen, sich bürgerschaftlich zu engagieren und auch bei der Stange zu bleiben, ist die Möglichkeit, sich zu beteiligen, gefragt zu sein und sich als wichtiger Teil des Gemeinwesens zu begreifen. Dies gilt nicht nur auf der Ebene der Organisationen, sondern auch auf der Ebene des Gemeinwesens. Es ist also zentrale Aufgabe einer Kommune, Formen der Beteiligung zu ermöglichen. (vgl. AG Beteiligung)

Handlungsempfehlungen:

- Bezirke/Sozialräume erhalten Projektmittel zur Förderung/Prämierung bürgerschaftlichen Engagements in ihrem Stadtteil/ Sozialraum. Über die Vergabe entscheiden die Bürgerinnen und Bürger im starken Maße selbst (vgl. LOS-Projekte)

- Bei allen Fragen um das Engagement in Köln sind Bürgerinnen und Bürger, die nicht Funktionsträger sind, mit einzubeziehen.

Mitwirkende:

Aus dem Netzwerkprozess gründet sich eine Gruppe „gesellschaftliche Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements in Köln“. Unter der Federführung von FABE gehören zu dieser Gruppe Mitglieder aus Parteien, Verbänden und Verwaltung, KABE, Agenda, aber auch Unternehmer und Bürgerinnen und Bürger ohne offizielle Funktion. Sie überprüfen die o.g. Handlungsempfehlungen auf ihre Machbarkeit, Kosten und den Zeitrahmen und können mit der Umsetzung beauftragt werden.

Kosten/Zeitrahmen/Ressourcen

Die AG kann – sofern es der politische Wille vorsieht – sofort eingesetzt werden.

2.4 Arbeitsgruppe 4

Bürgerbeteiligung

Leitung:

Reiner Lindlahr, Leiter Bürgeramt Rodenkirchen
Martin Rüttgers, ISO Institut Köln (Niederschrift)

In der Arbeitsgruppe haben mitgearbeitet:

Thilo Bosse, Stadt Köln, Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Dr. Herbert Bretz, Agendagrün
Pfarrer Franz Decker, Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Elli Homann, Mitglied der Bezirksvertretung Rodenkirchen
Gudrun Kleinpaß-Börschel, Seniorenvertretung der Stadt Köln
Ralf Knickmeyer, Stadtschulpflegschaft Kölner Gymnasien
Hille Lammers, Interessengemeinschaft Braunsfelder Bürger
Michael Meichsner, Katholikenausschuss
Ursula Mölders, Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH
Dr. Thomas Münch, Kölner Arbeitslosen Zentrum e.V.
Yvonne Oertel, KISS Köln
Christine Rutenberg, Kommunikationsberaterin
Roland Schüller, Friedensbildungswerk Köln e.V.
Karl-Benedikt Joest, Stadt Köln, Amt für Soziales und Senioren
Evelyne Fuchsberger-Meyer, Stadt Köln, Gesundheitsamt

Positionspapier der AG Bürgerbeteiligung

Die AG Bürgerbeteiligung arbeitet im Auftrag des Rates der Stadt Köln und setzt sich zusammen aus interessierten Akteuren und Experten, die eine konzeptionelle, strategische und praktische Reform der Bürgerbeteiligung in der Stadt Köln befürworten. Sie hat ein Positionspapier vorgelegt, welches die Diskussions- und Arbeitsergebnisse der fünf AG-Sitzungen zusammenfasst. Die vorliegende Kurzfassung bündelt dessen zentrale Aussagen und Handlungsempfehlungen, um eine Vorlage für das Zusammenbringen der Arbeitsergebnisse der 4 Arbeitsgruppen in ein Gesamtkonzept zu liefern.

I. Grundlagen der Bürgerbeteiligung in Köln

1. Die AG Bürgerbeteiligung vertritt ein **ganzheitliches Konzept von Bürgerbeteiligung** und Partizipation. Es umfasst
 - Bürgerbeteiligung bei planungsrechtlichen (Bauleit)Verfahren;
 - Veränderungen im sozialen Bereich des Gemeinwesens, z.B. Standorte von Kindergärten oder Altentagesstätten, Unterstützung von Selbsthilfegruppen etc.;
 - Verbesserung der Partizipationschancen von Bewohnern, insbesondere in sozial benachteiligten Veedeln Kölns;

- Entwicklung einer bürgerorientierten Verwaltung, insbesondere durch Stärkung von dezentralen Strukturen;
 - Stärkung der Beteiligung der Selbsthilfe an Entscheidungen im Gesundheits-, Sozial- und Jugendbereich.
2. Auf dieser Grundlage hat die AG Bürgerbeteiligung insbesondere diese **drei Ebenen der Partizipation** differenziert und eingehend erörtert:
- die Stärkung lokaler Demokratiestrukturen,
 - die Beteiligung bei Prozessen der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Gesundheits-, Sozial- und Jugendplanung sowie
 - Partizipationsprobleme und –chancen in Stadtteilen mit besonderem Problemdruck.
3. Die Erörterung bisheriger Erfahrungen in Köln und anderen Städten sowie die Auswertung entsprechender „good practice“-Beispiele ermöglichte den Mitgliedern der AG, folgende **Mindestanforderungen für Bürgerbeteiligung** als Erfolgsfaktoren für bürgerschaftliche Teilhabe und Partizipation in Köln zu identifizieren. Als „Leitfaden“ für die praktische Umsetzung dienen diese als **Qualitätsstandards für Bürgerbeteiligung**:
- Ergebnisoffenheit
 - Frühzeitigkeit
 - faire Einflusschancen
 - Transparenz des Verfahrens
 - Ausreichende Zeiträume für die Phasen der Bürgerbeteiligung
 - Flexible Handhabung der Beteiligungsintensität
 - Unterstützung durch neutrale, für komplexe Verfahren ggf. externe Moderatoren
 - Bereitstellung von Information (mit entsprechend bürgernaher Aufbereitung) während des gesamten Verfahrens als Bedingung für faire Partizipation
 - Vermeidung neuer sozialer Schieflagen
 - Beteiligung aller relevanten Akteure, einschließlich Kommunalpolitik und Stadtverwaltung
 - konsultativ: kein „Nebenparlament“
 - Nachvollziehbare und transparente Entscheidungen des Stadtrates, die klarstellen, wie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgegriffen und umgesetzt wurden bzw. werden
 - Einbeziehen der Bürgerschaft bei der Umsetzung von Entscheidungen.

Nur wenn diese Mindestanforderungen und Qualitätsstandards gegeben sind, kann nachhaltig wirksame „Bürgerbeteiligung“ stattfinden. Auch noch so „gutgemeinte“ Verfahren oder Methoden bürgerschaftlicher Partizipation werden bei Nicht-Berücksichtigung dieser Standards den gegenteiligen Effekt erzielen, den sie zu erreichen beabsichtigten. Bürgerinnen und Bürger merken nämlich sehr schnell, wenn ihre ehrenamtliche Mitwirkung an lokalen Entwicklungsprozessen lediglich kosmetische oder legitimatorische Funktionen erfüllen soll.

4. **Bürgerbeteiligung darf weder von Parteien oder Verbänden/Gruppen noch von Einzelpersonen zu machtpolitischen Zwecken instrumentalisiert werden.** Die aktuelle Entwicklung z.B. zur geplanten Bebauung der Rennbahn in Weidenpesch gibt Anlass zur Sorge, dass hier ein aufwendiges und teures Beteiligungsverfahren Anwohnern und Bürgergruppen als Alibipartizipation „angeboten“ wird. Die Praxis kommunaler Bürgerbeteiligung in Deutschland zeigt eindeutig, dass „gutgemeinte“ Beteiligungsverfahren und –methoden regelmäßig dann scheitern, wenn sie durch zuvor nicht gelöste kommunalpolitische Themen sowie machtpolitische Kalküle und Konstellationen belastet und

überlagert werden. Bürgerbeteiligung kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie ernsthaft und ehrlich ausgestaltet wird. Anderenfalls wird die Frustration und Politikverdrossenheit vieler Bürgerinnen und Bürger noch verstärkt.

- Hervorzuheben ist, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort viel mehr selbst organisieren können und wollen, als es derzeit in Köln und anderen Kommunen rechtlich und faktisch möglich ist. Aus diesem Grund sind insbesondere die zum Teil schon sehr aktiven lokalen Netzwerke zu stärken, indem ihnen Rechte und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die derzeit noch von der zentralen Kommunalverwaltung beansprucht werden. Dies umfasst vor allem die **Bereitstellung und Übertragung von Informations-, Entscheidungs- und Budgetrechten auf die Kölner Stadtteile, Stadtviertel und bestehenden Netzwerken.**
- In diesem Zusammenhang sollte die Rezentralisierung diverser Zuständigkeiten und Kompetenzen insbesondere der Bürgerämter zugunsten der Zentralverwaltung auf den Prüfstand gestellt und zugunsten einer sozialraumorientierten Stärkung lokaler Netzwerke revidiert werden. **Um diese Stärkung der lokalen Ebene strategisch zu flankieren, bedarf es geeigneter Verfahren und Strukturen, die es auszubauen bzw. neu zu schaffen gilt.** So sind die vorhandenen Erfahrungen und Erfolge mit stadtteilorientierter Gemeinwesenarbeit zu ergänzen mit (in Köln) neuen Methoden zur Stärkung des Veedels und seiner lokalen Netzwerke. Vor allem in UK und den USA erprobte Aktivierungsverfahren wie „Community Organizing“ oder „Planning for real“ könnten auch zur Vitalisierung vieler Kölner Stadtteile beitragen.
- **Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, die Stärkung der lokalen Demokratie besonders in benachteiligten Stadtteilen ausschließlich mit Verfahrens- und Methodeninnovationen organisieren zu wollen. Zur Beteiligung insbesondere sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen am gesellschaftlichen Gemeinwohl sind unserer Überzeugung nach die folgenden Voraussetzungen zu schaffen:**
 - individuelle, nachhaltige Unterstützung zur Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Bekämpfung insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit.
 - Hilfen und Unterstützung zur sozialen Stabilisierung individuell, zielgruppenbezogen sowie gemeinwesenbezogen.
 - Intensivierung der Kinder- und Jugendhilfe zur Verbesserung des Bildungsniveaus und der Erziehung
 - Intensivierung eines bedarfsdeckenden Angebots von Deutschkursen zur Förderung der Sprachkompetenz bei Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in sozial benachteiligten Stadtteilen.
 - Einbeziehen muttersprachlicher Fachkräfte und Kompetenzen im Rahmen von zielgruppenorientierten Beteiligungsangeboten
- Diese Maßnahmen sind als gesellschaftliche Investitionen zur zukunftssicheren Gestaltung des demokratischen Gesellschaftssystems zu begreifen. Die Förderung des „Humankapitals“ schränkt den ungebremsten Zugang in die Arbeitslosigkeit (Kosten und Folgekosten) ein und erhöht den Anteil der Bevölkerung, der sich finanziell (Steuer und Sozialabgaben) wie gesellschaftlich an der Weiterentwicklung des demokratischen Wertesystems aktiv beteiligt. **Als gutes Beispiel zur gelungenen Konsolidierung von „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ können die „Kölner Gemeinwesenprojekte“ (wie z.B. HOSE e.V., Buchse e.V. und Veedel e.V.) hervorgehoben werden.** Diese sind in ihrem Bestand zu sichern und in ihren Möglichkeiten zur Stärkung lokaler Netzwerke und zur Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements zu unterstützen. Hierbei sollte insbesondere auf die vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen im

Veedel selbst zurückgegriffen werden: Denn in den meisten der als „benachteiligt“ eingestuften Kölner Stadtteilen leben Menschen, die selbst nicht als sozial benachteiligt einzustufen sind. Der Fokus für Bewohneraktivierung und –beteiligung sollte demnach nicht ausschließlich auf die benachteiligten, sondern ganzheitlich auch auf die stabilisierenden Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“ gelegt werden.

5. Anforderungen für die Beteiligung in benachteiligten Stadtteilen:

„Sozial benachteiligte Stadtteile“ zeichnen sich durch eine Unterversorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen aus: unzureichende Angebote für Kinder und Jugendliche, wenig oder keine Freizeitangebote für Erwachsene, schlechte Verkehrsanbindung, schlechte Bau- und Wohnstruktur sowie unzureichende Einkaufsmöglichkeiten sind die Regel. Gleichzeitig wohnen in diesen Stadtteilen in hohem Maße Menschen mit schlechten Arbeitsmarkt- und Bildungschancen: Hohe Arbeitslosenquote, hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern und unzureichende Schul- und Qualifikationsabschlüsse sind festzustellen.

Trotz dieser schlechten Rahmenbedingungen weisen die Bewohner dieser Stadtteile Kompetenzen und Ressourcen zur Verbesserung eben dieser Rahmenbedingungen auf; ihr Engagement zu fördern und zu unterstützen ist Aufgabe der kommunalen Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik, die sich hierbei der „Gemeinwesenarbeit“ bedienen. „Gemeinwesenarbeit“ – ein Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit - bedeutet daher, mit Instrumenten wie z.B. der Bürgerversammlung, des Mieterrates, der aktivierenden Befragung, thematischen Bewohnergruppen zu Problembereichen (Spielplatz, Jugendzentrum, Verkehr usw.) und vieles mehr, förderliche Rahmenbedingungen für das Bewohnerengagement zu schaffen. Gemeinwesenarbeit bedeutet also letztlich, dass das „Gemeinwesen arbeitet“.

6. Eine ernst gemeinte Stärkung der Bürgerbeteiligung bietet zahlreiche Vorteile für die Kommune: eine höhere **Akzeptanz** getroffener Entscheidungen, eine bessere **Identifikation** mit den Ergebnissen sowie die verstärkte **Bereitschaft** der Bürger, sich auch aktiv an Umsetzungsprozessen zu beteiligen. Bürgerbeteiligung ist **Prävention** und erhöht die Bereitschaft der Bürger, sich am politischen Leben insgesamt, insbesondere aber auch bei Wahlen zu beteiligen (siehe aktuelle Studie „Politische Partizipation in Deutschland“ der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung über den positiven Zusammenhang zwischen Bürgerengagement und Wahlbeteiligung).

Bürgerbeteiligung ist nie reiner Selbstzweck, sondern immer nur dann einzusetzen, wenn mit gut durchgeführten Beteiligungs- und Kommunikationsmethoden „win-win-Ergebnisse“ für die beteiligten Akteure zu erreichen sind. Dies bedeutet, dass Vorteile nicht nur für einen „Profiteur“, sondern für möglichst alle beteiligten Akteure angestrebt und antizipiert werden sollten: für die Kommune, die Anwohner, potentielle Investoren, bestehende Unternehmen, Verbände, Vereine und Initiativen vor Ort.

7. Die Partizipation der Bewohner an den vielfältigen Planungs- und Entscheidungsprozessen des öffentlichen Lebens kann ferner zu erheblichen Zeit- und Kostenreduzierungen führen – auch wenn zusätzliche Beteiligungsschritte und Personaleinsatz zunächst teurer erscheinen. So können z.B. kostspielige und langwierige juristische Verfahren und Prozesse durch frühzeitige Beteiligung der Bürger vermieden werden. Weitere Kostenersparnisse liegen vor allem dort, wo die öffentliche Hand das immense Potential der Bürgerinnen und Bürger nutzt. Das Potential liegt in fachlichem Know-how und Expertenwissen vor Ort, welches Bewohner gerne projektbezogen einbringen.

8. Die Bereitschaft, Bürgerbeteiligung in Köln nachhaltig zu stärken, wird deutlich im Ratsbeschluss vom Oktober 2003 sowie in den entsprechenden Passagen zum „Leitbild Köln 2020“. Hier werden ermutigende Zeichen gesetzt und ein klarer Auf-

trag erteilt, die bisherige Ansätze von Bürgerbeteiligung in der Domstadt qualitativ weiterzuentwickeln und eine Kultur der Kooperation ins Leben zu rufen.

Auf der Ebene der Planungsbeteiligung gibt es einen gültigen Ratsbeschluss vom 31.01.1978 mit „Richtlinien und Grundsätzen für die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 2 a BBauG“. Dieser skizziert drei Modelle der Beteiligung, die den formellen Rahmen bieten für die Anwendung neuer, informeller Verfahren und Methoden der Partizipation. Modell 1 wird hier als „Regelfall der vorgezogenen Bürgerbeteiligung“ genannt, Modell 2 als „Vorgezogene Bürgerbeteiligung bei komplexen Bauleitplanverfahren und bei Rahmenplanungen“ und Modell 3 „Vorgezogene Bürgerbeteiligung in Fällen von besonderer Bedeutung“. Heute wird in fast allen Fällen der räumlichen Planung, aus Kostengründen und aus Gewohnheit, nur noch das Modell Eins angewandt, nach dem die Bürger und Bürgerinnen der Stadt allein eine rein theoretische Möglichkeit der Beteiligung haben. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir:

- Modell 2 und 3 reaktivieren und mit konkreten Beteiligungsverfahren bzw. -methoden umsetzen.
- Modell 3 sollte hierbei favorisiert werden und flexibel und bedarfsorientiert angewendet werden.
- Diese Aktivierung der Modelle 2 und 3 soll nach den unter Frage 4 genannten Qualitätsmerkmalen erfolgen
- Einrichtung eines separaten Haushaltstitel zur Bürgerbeteiligung bei Bauleitplanungen.

II. Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmenvorschläge

- 1. Die Mitglieder der AG Bürgerbeteiligung plädieren für ein (quantitativ wie qualitativ) verstärktes und zielgenaues Anwenden der zahlreichen Beteiligungs- und Kommunikationsverfahren:** Hierunter fällt auch das Nutzen der Chancen der neuen Medien für mehr Bürgerbeteiligung, insbesondere im Rahmen von „eParticipation“, wie es im Falle der Kölner Ringe in Ansätzen erprobt worden ist. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft in Köln können und sollen sich hierbei an den von uns genannten Qualitätsmerkmalen und Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligung orientieren. Eine gute Möglichkeit zur Anwendung dieser Qualitätsstandards bieten die aktuellen Partizipationsprojekte in Braunsfeld/Ehrenfeld/Müngersdorf (Rahmenplanung) und Weidenpesch (Rennbahn).
- 2. Erörterung von Planungsvarianten als wichtigen Schritt hin zu einer besseren Beteiligungskultur:** Sowohl Politik als auch Bürgerschaft können es als ersten Schritt hin zu einer verbesserten Planungs- und Beteiligungskultur verstehen, wenn Teile der Stadtverwaltung nicht mit einem einzigen, „perfekt durchdachten“ Konzept an die Öffentlichkeit gehen, sondern mehrere Planungsvarianten den Bürgern und Kommunalpolitikern zur Diskussion stellen. Dies hätte auch zur Folge, dass die Parteien und Fraktionen in Köln ihre spezifischen Positionen zu der einen oder der anderen Planungsvariante klarer als bisher für Öffentlichkeit und Bürgerschaft herausstellen könnten.
- 3. Die Verfahrensverantwortlichen für Prozesse der Bürgerbeteiligung (Politik und Verwaltung) müssen insbesondere ein ausreichendes Maß an Flexibilität einbringen:** Sollte sich z.B. nach der ersten Stufe des jeweils gewählten Modells herausstellen, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an dem Thema deutlich größer ist als zunächst vermutet, muss zwingend auch eine Ausweitung des Beteiligungsverfahrens geprüft werden. Hierfür sind im Planungsprozess von vorn herein ausreichende Beteiligungszeiträume einzuplanen. Bei einer Vielzahl konstruktiver Bürgervorschläge sollte un-

ter Einbeziehung aller Beteiligten in weiteren Arbeitsgesprächen, Workshops o. ä. eine Optimierung des Lösungsansatzes gefunden werden (positives Beispiel: VEP Großrotter Weg in Köln-Hochkirchen; negatives Beispiel: VEP Heinrichstr./Im Salzgrund in Köln-Weiß). Sofern machbar, sollten Bürgervorschläge vor endgültigen Entscheidungen in Feldversuchen getestet werden.

4. **Systematisches Auswerten der in Köln und andernorts erprobten Bürgerbeteiligungsverfahren:** In diesem Kontext empfehlen wir die Anwendung des in anderen Großstädten erfolgreich erprobten Instruments der „Lokalen Demokratiebilanz“, erfahrungsgemäß durch unabhängige, kompetente Stellen innerhalb oder außerhalb der beauftragten Verwaltung (nähere Informationen hierzu bieten die Publikationen der Stiftung Mitarbeit oder die Erfahrungen der Mitgliedskommunen des Netzwerks „Civitas“).
5. **Ausbau des in Köln praktizierten Beschwerdemanagements in ein Ideenmanagement:** Dieses Management soll die Kompetenzen und das Know-how der Bürgerinnen und Bürger systematisch aufgreifen und für die Kommune nutzbar machen. Instrumente eines effektiven Ideenmanagements können die Ausrichtung von Bürger-Wettbewerben zu wichtigen städtischen Projekten sowie die Schaltung von Ideen-Hotlines sein. Im Zeitalter des Internets bieten sich ferner interaktive Diskussionsforen zu den verschiedensten Themen in Köln an.
6. **Reform des Beschwerdeausschusses (und Umbenennung in „Bürgerausschuss“) im Sinne seiner Aufwertung gegenüber dem Kölner Stadtrat und seinen Fachausschüssen:** Dies umfasst insbesondere die Verbesserung der Transparenz von kommunalpolitischen Entscheidungen sowie der Dokumentation von Bürgeranregungen. Im Zuge der Einrichtung der unten genannten „Stabsstelle Bürgerkommune Köln“ sollte der „Bürgerausschuss“ hier organisatorisch verankert werden.
7. **Leitende Mitarbeiter der Stadtverwaltung als Ombudsleute bzw. Bürgerbeauftragte installieren und fortbilden:** Flankierend hierzu hat sich in „Bürgerkommunen“ die Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitern, Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunalpolitikern zu „Bürgermoderatoren“ bewährt, die kostengünstig und niederschwellig Bürgerbeteiligung vor Ort moderieren können. Als gutes Vorbild kann die Fortbildung zu „Agenda-Moderatoren“ durch das Ökobildungswerk im Jahr 1998 dienen, die zur Gründung diverser „Agendagruppen“ in Köln führte.
8. **Wir empfehlen, das Partizipationsmodell „Bürgerhaushalt“ zunächst auf Quartiers- bzw. Stadtteilebene zu erproben, um es dann auf Stadtbezirks- sowie auf die gesamte Stadt Köln auszuweiten:** Die frisch gewählte Stadtrat sollte den Mut aufbringen, die Kölner Bevölkerung in zentralen Politikfeldern wie Stadtentwicklung, Kultur, Soziales und Sport in die jeweiligen Haushaltsplanungen einzubeziehen. Erfolgsfaktoren des Bürgerhaushaltes sind hierbei die politische Rückendeckung durch die Verwaltungsspitze, transparente und verständliche Aufbereitung des kommunalen Haushaltes, effektive Beteiligungsverfahren, Rechenschaft über Umsetzung der Bürgervoten durch die Politik sowie die Bereitstellung von „Quartiersfonds“, über dessen Verwendung die lokalen Akteure, Stadtteilparlamentarier und Bürgerschaft autonom entscheiden können. Das vom Rat beschlossene Expertensymposium sollte nicht zu einer weiteren Aufschiebung des Bürgerhaushalts in Köln auf den St. Nimmerleinstag führen, sondern dessen Anwendungsmöglichkeiten in den Stadtteilen, -bezirken sowie in der Millionenstadt Köln ernsthaft sondieren.
9. **Wir befürworten mit Nachdruck die Stärkung der lokalen Strukturen, Organisationen und Netzwerke, die im „Veedel“ sowie stadtweit die Basis für bürgerschaftli-**

ches Engagement bilden.⁵ Die Forderung zur Durchführung geeigneter Methoden eines Bürgerhaushaltes auf lokaler Ebene hat in diesem Sinne nur dann Erfolg, wenn hinreichende Kompetenzen und Ressourcen bereitgestellt werden. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf „Stadtteil- oder Quartiersfonds“ hin, wie sie etwa in Berlin im Rahmen des Quartiersmanagements etabliert wurden. Neben Informations-, Entscheidungs- und Budgetrechten gehören zu hinreichenden Kompetenzen und Ressourcen ferner flankierende Unterstützung von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, die die kompetenten Trägerorganisationen im Stadtteil vermitteln. Dies ist letztlich eine zentrale Voraussetzung, damit Partizipation insbesondere auch von benachteiligten Bevölkerungsgruppen ermöglicht wird.

10. **In Anlehnung an das Konzept des Gender Mainstreaming muss ein neues politisches Ziel formuliert werden:** Ziel ist es, sämtlichen Bevölkerungsgruppen einen gleichberechtigten Zugang zu allen öffentlichen Beteiligungsprozessen und dem öffentlichen Leben zu ermöglichen. Diese Aufgabe ist eine Querschnittsaufgabe, die die Gleichstellung unterschiedlicher Zielgruppen, z.B. allein Erziehende, Frauen, Kinder oder Zugewanderte, mit allen anderen Bevölkerungsgruppen gewährleistet.
11. **Für Kontakte auf Landes- und Bundesebene sowie zur Einbeziehung von Best Practices müssen externe Berater und Planer mit entsprechender Beteiligungserfahrung hinzugezogen werden.** Sie sind wichtige und notwendige Partner für die Kommunen und das Land.
12. **Die aktive Beteiligung und die Berücksichtigung ihrer Ergebnisse müssen ein Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln sein:** Besonders in kommunikativen Projekten, z.B. im Stadtmarketing und den „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“, ist Bürgerbeteiligung bzw. Bewohneraktivierung überaus wichtig.
13. **Wir fordern die Stadtverwaltung auf, eine intern abgestimmte Strategie zur Förderung von Bürgerbeteiligung zu entwickeln und diese mit den Akteuren im „Netzwerk Bürgerengagement“ in Köln zu erörtern und weiterzugestalten.**

III. Vom Konzept zur Umsetzung: Unser Angebot zur Mitwirkung

1. Um die von uns skizzierten Empfehlungen und Maßnahmen realisieren zu können, wird die **Implementierung eines „Qualitätsmanagements für Partizipation“**, wie es in manchen Bürgerkommunen als strategisches Instrument kommunaler Steuerung bereits praktiziert wird, unerlässlich sein. Dieses Qualitätsmanagement hat deswegen strategische Funktion, weil es als „Querschnittsmaßnahme“ die Voraussetzung zur Umsetzung der 13 Handlungsempfehlungen schafft. Zu diesem Zweck bietet sich der Ausbau der FABE (Kommunalstelle zur Förderung und Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements) als (beim OB anzusiedelnde) **„Stabsstelle Bürgerkommune Köln“** an, die in enger Zusammenarbeit mit KABE (Kölner Arbeitskreis Bürgerengagement), KISS (Selbsthilfekontaktstelle) sowie dem gem. Ratsauftrag zu gründenden Netzwerk zur Förderung des Bürgerengagements bedarfsorientierte Bürgerbeteiligung für Köln und seine Veedel organisiert. Bei der Entwicklung dieses Qualitäts- bzw. Partizipationsmanagements sollen die Verantwortlichen nicht nur über die Vielfalt möglicher Beteiligungsmethoden, sondern auch über die Besonderheiten und Unterstützungswünsche der Akteure vor Ort, die partizipieren und kooperieren möchten, informiert sein. Zudem sollte dieses Management

⁵ Als einen ersten Schritt in diese Richtung verstehen wir den Stadtratsbeschluss (Juli 2004) betreffend einer Stärkung der Stadtbezirke und Bezirksvertretungen.

Controllingaufgaben übernehmen, z.B. im Rahmen der oben erwähnten Lokalen Demokratiebilanz. Die Trägerschaft für ein Kölner Qualitätsmanagement für Partizipation sollte somit nicht ausschließlich in den Händen der Kommunalverwaltung liegen, sondern in einer Art „**Public Private Partnership**“ verankert werden, also in einer Mischform öffentlicher und bürgerschaftlicher Verantwortung.

2. **Die AG Bürgerbeteiligung versteht sich nicht nur als Forder-, sondern auch als Förderinstanz zur Vitalisierung der Bürgerbeteiligung in Köln. Daher werden wir mitwirken, wenn es darum geht, die hier aufgelisteten Handlungsempfehlungen umzusetzen. Dies umfasst insbesondere auch die Mitwirkung im zu gründenden Netzwerk Bürgerengagement Köln, die Bereitschaft zur Implementierung eines Qualitätsmanagements für Bürgerbeteiligung sowie schließlich unser Angebot, gemeinsam mit der Stadt nach Finanzierungsquellen für Bürgerbeteiligung zu suchen.**
3. **Die Mitglieder der AG Bürgerbeteiligung erwarten einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch mit den handelnden Akteuren und Entscheidungsträgern. So sollte z.B. nach einem Jahr zu einer weiteren AG-Sitzung eingeladen werden.**

Köln, den 30.09.2004